

# GLIENICKE · UNSER HEIMATORT



AUS VERGANGENHEIT  
UND SOZIALISTISCHER GEGENWART

Kennst du das Land mit seinen alten Eichen,  
das Land von Einstein, von Karl Marx und Bach.  
Wo jede Antwort endet mit dem Fragezeichen,  
wo ich ein Zimmer habe unterm Dach.

Das ist das Land mit seinen Seen und Wäldern,  
das kleine Land, das man an einem Tag durchfährt.  
Wo man was wird, auch ohne seine Eltern,  
doch auch Beziehungen sind manchmal etwas wert.

Hier steht die Schule und mein Klassenzimmer,  
das riecht heut immer noch nach Terpentin.  
Von Mathe hab ich heut noch keinen Schimmer,  
doch vor den Lehrern kann ich meine Mütze ziehn.

Das ist das Land, wo die Fabriken uns gehören,  
wo der Prometheus schon um fünf aufsteht.  
Hier kann man manche Faust auf manchen Tischen hören,  
bevor dann wieder trotzdem was nicht geht.

Wo sich auf Wohnungsämtern Hoffnungen verlieren,  
wo ein Parteitag sich darüber Sorgen macht,  
wo sich die Leute alles selber reparieren,  
weil sie das Werkzeug haben, Wissen und die Macht.

Hier lernte meine Mutter das Regieren,  
als sie vor einem Trümmerhaufen stand.  
Ich möchte dieses Land nicht mehr verlieren.  
Es ist mein Mutter- und mein Vaterland.

Hier schaff ich selber, was ich einmal werde.  
Hier geb ich meinem Leben einen Sinn.  
Hier hab ich meinen Teil von unsrer Erde,  
der kann so werden, wie ich selber bin.

Reinhold Andert

Aus „Lied vom Vaterland“

# GLIENICKE UNSER HEIMATORT

Aus  
Vergangenheit  
und  
sozialistischer Gegenwart

1979

Herausgeber:  
Ortsparteileitung Glienicke der SED

Autorenkollektiv:

Dr. Lothar Heyne und Renate Hertzfeldt (Leitung), Fritz Breiter, Herbert Gottschalk, Felix Grünberg, Dr. Günter Kolbe, Dr. Horst Mattern, Karl Heinz Moeller, Volkmar Müller, Rudi Pabst, Heinz Papke

Fotos:

Karl Heinz Moeller, Hans Poltrock, Archiv der Ortschronik

Glienicker Wappen:

Linolschnitt von Jürgen Peters

Druckerei „Osthavelland“ Velten  
Lizenznummer FnG 001/79/180 121 I-3-2  
Genehmigungsvermerk für Textkarte P 96/79  
Redaktionsschluß 31. März 1979  
DDR

## Lieber Leser!

Von Glienicke als ihrem Heimatort sprechen nicht nur jene, die hier geboren und aufgewachsen sind und sich durch Elternhaus und Erinnerungen an Schulfreunde und Spielgefährten der Kindertage seit jeher hier heimisch fühlen. Auch nicht nur jene nennen unseren Ort ihre Heimat, die während des zweiten Weltkrieges vor den angloamerikanischen Bombenangriffen auf Berlin ins Randgebiet flüchteten oder die als Umsiedler zuzogen. Auch all diejenigen bezeichnen Glienicke als ihren Heimatort, die erst seit wenigen Jahren oder auch etwas länger hier leben. Mit dem Begriff Heimatort bringen sie viel mehr zum Ausdruck als ihre Liebe zu der idyllischen Siedlung am Kindelwald, zu der sich über mehr als viereinhalb Quadratkilometer erstreckenden Landschaft mit ihren sanften Hügeln, grünenden Niederungen und duftenden Kiefernwäldern, zu den Landhäusern inmitten blühender Gärten, die Ruhe und Erholung nach anstrengender Arbeit in der Großstadt oder in den Industriebetrieben unseres Kreises bieten. Sie alle nennen Glienicke ihren Heimatort, weil sie hier täglich den Ergebnissen ihrer schöpferischen Mitarbeit begegnen und Menschen treffen, in deren Gemeinschaft sie mit Ideenreichtum und Freude, mit Leidenschaft und Begeisterung Neues für ihr persönliches Wohl und das ihrer Mitmenschen schaffen, mit denen sie Sorgen teilen und Schwierigkeiten meistern und so das Gesicht unseres Ortes verändern. Hier haben wir die Gewißheit, daß wir in einer Gemeinschaft leben, in der jeder gebraucht wird, jeder etwas gilt, jeder Achtung genießt und jeder seinen Platz hat. Hier fühlen wir uns nicht nur gegenüber der heranwachsenden Generation verantwortlich, sondern auch jenen verpflichtet, deren Namen auf den



Gedenksteinen unseres Ehrenhains der Sozialisten auf dem Waldfriedhof und an anderen Grabstätten verzeichnet sind. Ihre Leistungen drängen uns immer von neuem die Frage nach dem Woher und Wohin unseres Gemeinwesens auf, haben diese Menschen doch alle ihre Spur in Glienicke und uns ihre Hoffnungen und den Wunsch hinterlassen, daß wir, was sie begonnen, in hartem Kampf errungen und erarbeitet haben, mit gleichem Verantwortungsgefühl fortsetzen. Deshalb beauftragte die Ortsparteileitung der SED ein Autorenkollektiv, Ereignisse aus der Geschichte unseres Ortes bis zum Frühjahr 1979 in Wort und Bild darzustellen.

Blicken wir zurück in vergangene Jahrhunderte, in denen die bäuerliche Siedlung Glyneck entstand, die Berliner den Ort entdeckten und sich die Wandlung vom Bauerndorf zur Wohnsiedlung vollzog. Lesen wir von den harten Klassenauseinandersetzungen in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts und erinnern wir uns der schweren und doch so beglückenden Tage des Anbruchs einer neuen, besseren Zeit, als die Werktätigen die unheilvolle Vergangenheit der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen für immer überwand und ihre Zukunft in die eigenen Hände nahmen. Halten wir Rückschau auf die letzten drei Jahrzehnte, sehen wir uns an, wie die Bürger unseres Heimatortes arbeiten, wie sie leben und lernen, wie sie ihre Freizeit gestalten und ihre Kinder erziehen, wie sie mitregieren und mithelfen, daß unsere Gemeinschaft erfolgreich gedeiht und unsere Erfolge sich einfügen in die großen Erfolge unserer Republik.

Wir sagen allen Glienicker Bürgern Dank, die durch Zeitdokumente und Berichte aus persönlichem Erleben geholfen haben, daß dieser historische Rückblick geschrieben werden konnte. Die umfangreiche Chronik unseres Ortes bot eine Fülle an authentischen Aufzeichnungen und Bilddokumenten, auf die wir uns stützen konnten. Dafür gebührt besonderer Dank unserem Ortschronisten Karl Heinz Moeller und dem Fotografen Hans Poltrock. Wir rufen die Leitungen der gesellschaftlichen Organisationen und alle Glienicker auf, auch künftig weiter an

der Geschichte unserer Gemeinde mitzuschreiben und die eigenen Kenntnisse sowie Dokumente unserem Ortschronisten zur Verfügung zu stellen.

Wir waren bemüht, aus der Vielzahl der Ereignisse das auszuwählen und aufzuschreiben, was bestimmend für unseren Weg zur sozialistischen Gemeinde war und was entscheidend ist, damit das Leben in unserem Heimatort auch künftig immer besser den wachsenden Bedürfnissen aller seiner Bewohner gerecht wird. Wir meinen, daß sich jeder Glienicker mit seinen Anliegen und Wünschen und seiner Mitarbeit in dieser Broschüre wiederfindet. Natürlich mußten wir auswählen, konnten Namen nur stellvertretend nennen, mußten Lücken in unseren Kenntnissen über die Geschichte Glienickes in Kauf nehmen. Dieser Rückblick soll allen Mitgestaltern des gesellschaftlichen Lebens in unserem Ort helfen, tiefere Einsichten in unsere Kommunalpolitik zu gewinnen und die gesamtstaatlichen Entscheidungen auf unsere örtlichen Bedingungen noch besser schöpferisch anzuwenden.

Mögen Sie, liebe Glienicker, beim Lesen der folgenden Seiten Freude und Stolz empfinden, weil auch Sie aktiv zu dieser Entwicklung beigetragen haben. Möge vor allem unsere Jugend erkennen, wie schwer alles erkämpft wurde, was ihr heute oft selbstverständlich erscheint, welche vielfältigen Möglichkeiten ihr geboten sind, ihren Wünschen, Neigungen und Fähigkeiten entsprechend, die weitere Entwicklung unserer Gemeinde tatkräftig mitzugestalten und das Werk von Generationen mit dem Blick auf die kommunistische Zukunft weiterzuführen.

4

## Glienicke von den Anfängen bis 1945

Funde von Gefäßscherben, Stein- und Bronzewerkzeugen, Urnen und Feuerstellen bezeugen, daß auf der Glienicker Gemarkung bereits vor Jahrtausenden Menschen wohnten, daß sie jagten, den Fischfang und später den Ackerbau betrieben. Erst vor drei Jahren fand ein Mitglied der Arbeitsgemeinschaft „Junge Geologen“ im Kindelwald unter anderem Gefäßscherben, die auf eine ur- bzw. frühgeschichtliche Siedlung schließen lassen. Weitere Funde gab es bereits vor Jahrzehnten in der Bieselheide, an der Spandauer Pfort, auf der Nachtkoppel in Schulzenhöhe und in der Nähe der heutigen Maxim-Gorki-Straße. Den bedeutendsten Fund machte 1924 der Bauer Paul Müller auf der Nachtkoppel: drei verzierte Ringe und vier Lappenbeile aus Bronze, deren Alter auf ca. 3000 Jahre geschätzt wird. Dieser Fund befindet sich heute im Kreismuseum Oranienburg. Der Name Glienicke ist slawischen Ursprungs (glina = Lehm).

### Von der Siedlungsstelle zum Dorf

In den Lehnregistraturen des Kurfürsten Friedrich I. von Brandenburg als Glyneck 1412 urkundlich erstmalig erwähnt, war Glienicke bis etwa 1900 ein kleines Bauerndorf. Es gehörte zur Gutsherrschaft Stolpe-Schönfließ. Im Jahre 1412 zählte es vier-einhalb Bauernhöfe. Zwei Jahrhunderte später raste auch über Glienicke die Furie des Dreißigjährigen Krieges. Nach einer 1634 ausgeschriebenen Rechnung über die Entrichtung eines Tributs zum Unterhalt von 400 Artilleriepferden und 68 Rüstwagen läßt sich schließen, daß nur noch ein Bauer auf

seinem Hofe saß. Im Jahre 1654 berichtete der Landreiter Ulrich Gärtner: „Glinike, unter denen von Hoppenraden und Stellmachern. Dieses Dorff ist gantz wueste“. Der Krieg hatte das Dorf vernichtet. Was die Söldner verschont hatten, werden Hunger und Pest dahingerafft haben.

Die Wiederbesiedlung Glienickes fällt in die Zeit um 1670. Der Hauptmann von Oranienburg erhielt vom Kurfürsten den Auftrag, in Glienicke („so lange Jahre Wüste gestanden, wenig nutz gehabt ...“) einen Krug, verbunden mit einer Bauernwirtschaft, aufzubauen. Der erste Pächter des „Sandkruges“ und zugleich Schulze des Dorfes hieß Ottemann. Erst 1700 finden 8 Bauerngehöfte Erwähnung.

Das Leben der Glienicker Bauern war nie leicht. Außer „unbestimmten Forstdiensten“ mußten sie von Juni bis September wöchentlich vier Tage, von September bis Juni wöchentlich drei Tage von 6 bis 18 Uhr in Stolpe oder in dem zum Gut gehörenden Vorwerk Zerndorf „mit der Hand“ arbeiten. Hinzu kamen Geld- und Naturalabgaben an die Gutsherrschaft, die Kirche und die Gemeinde. Erst Jahrzehnte nach den Stein-Hardenbergischen Reformen und nach Zahlung eines beträchtlichen Ablösegeldes wurden die Glienicker Bauern 1846 endgültig frei. Der Entwicklung ihrer Wirtschaften, aber auch der Spekulation mit dem Boden stand nichts mehr im Wege.

### Die Berliner entdecken Glienicke

Von großem Einfluß auf die Entwicklung des Dorfes war der Bau der Nordbahn Berlin—Oranienburg—Strelitz im Jahr 1877. Immer mehr Berliner entdeckten das verträumte Bauerndorf am Rande des Kindelwaldes mit dem idyllischen Kindelsee. Einige Bauern begannen um 1880, Felder zu parzellieren und zu verkaufen. Doch erst um die Jahrhundertwende begann die eigentliche „Kolonisation“. Bodenspekulationsgesellschaften „nahmen sich der Sache an“. Neue Ortsteile entstanden in diesen Jahren an der Jungbornstraße, der Alten Schildower Straße, in Schulzenhöhe und im Ortsteil West. Hatte Glienicke



1890 nur 125 Einwohner, so waren es 1900 bereits 425; im Jahre 1905 zählte es 548, und 1910 wohnten hier 1031 Einwohner.

Vor allem siedelten sich zunächst Berliner Gewerbetreibende und Beamte an, die in einem Luftkurort wohnen wollten und deshalb kein Interesse an der Gründung von Industriebetrieben in Glienicke hatten. Sie verhinderten deren Entstehen durch entsprechende Eintragungen im Grundbuch und durch die geringe Größe der vergebenen Parzellen. In der Zeit der Inflation, die 1923 ihren Höhepunkt erreichte, und der Weltwirtschaftskrise in den Jahren 1929 bis 1933 siedelten sich in Glienicke verstärkt Arbeiter, unter ihnen nicht wenige Arbeitslose und Kurzarbeiter, an. Der karge märkische Sandboden war relativ billig, die Unterhaltskosten wesentlich niedriger als in Berlin. Viele Lauben wurden errichtet, später jedoch häufig mit Mühen vervollkommen und so zur dauernden Heimstatt. Die Glienicker Arbeiter gingen zumeist in Berliner Betrieben ihrer Tätigkeit nach.

Die Einwohnerzahl stieg weiter schnell an, im Jahre 1917 auf 1114, 1925 auf 1918 und bis 1934 auf 4002 Einwohner. Die soziale Struktur veränderte sich, ein wesentlicher Grund auch für das Erstarken der örtlichen Arbeiterbewegung.

### Vom Dorf zur Wohnsiedlung

Das schnelle Ansteigen der Einwohnerzahl erforderte neue Gemeinschaftseinrichtungen und war die Ursache für so manchen kommunalen Fortschritt. Bereits 1847 war in der Hauptstraße 70 ein massives Schulgebäude errichtet worden. Drei Jahre später kam der erste seminaristisch ausgebildete Lehrer nach Glienicke. Diese Schule erwies sich jedoch um die Jahrhundertwende als zu klein, deshalb wurde 1904 das heute noch vorhandene alte Schulgebäude gebaut und später in zwei Etappen, 1920 und 1934, erweitert. Im Jahre 1889 wurde der baufällige historische „Sandkrug“ abgerissen und an gleicher Stelle durch ein neues Gebäude ersetzt. Am 25. September 1894 nahm in

der Oranienburger Straße eine „Posthilfsstelle ohne Bestellung“, die erste Glienicker Post, ihre Tätigkeit auf. Gründungstag der Freiwilligen Feuerwehr ist der 12. Oktober 1899. Im Dezember 1901 baute man den neuen Steigerturm an der Ostseite der Dorfau. Hier entstand dann etwas später auch das Feuerwehrdepot. Den ersten Fernsprechanruf gab es in Glienicke 1904. Ein Jahr später erfolgte die Gründung der Gemeindebibliothek, nachdem vorher schon eine Schulbibliothek ins Leben gerufen worden war. Um 1909 kam in der Jungbornstraße der Bau des Sanatoriums „Märkischer Jungborn“ hinzu. Im ersten Weltkrieg brannte das Gebäude nieder und wurde nicht wieder aufgebaut. Zum erstenmal leuchteten in den Straßen des Ortes am 14. März 1911 die Gaslaternen. In den Jahren 1912 bis 1913 gestalteten die Glienicker ihre Dorfau mit der alten Viehtränke zu einer gepflegten Gartenanlage um. Dieser Entwicklung setzte 1914 der erste imperialistische Weltkrieg jäh ein Ende.

Das weitere schnelle Wachstum der Gemeinde in den Jahren der Weimarer Republik forderte von der Verwaltung erneute Anstrengungen, um die kommunalen Einrichtungen und Anlagen zu erweitern. Im September 1920 wurde die Verbindungsstraße zwischen dem Dorf und der neuen Siedlung im Kindelgebiet (heute Karl-Liebkecht-Straße) für den Verkehr freigegeben. Im Jahre 1924 eröffnete Dr. Stark die erste Arztpraxis, Anfang 1925 wurde das Stromnetz in Betrieb genommen, und 1926 öffnete die Zweigstelle der Kreissparkasse. Ein Jahr später folgte die Einrichtung einer Gemeindegewerbesternstation. Etwa 27 km lang war die Wasserleitung, die Glienicke im Februar 1929 erhielt. Am 10. Januar 1932 konnte das Rathaus eingeweiht werden.

Nicht wenige dieser Fortschritte waren mit einer weiteren Verschuldung der Gemeinde verbunden. Sie wurden zudem auch auf Kosten der Arbeiter, vor allem der Erwerbslosen, erreicht. So waren z. B. allein in den Monaten April bis Juni 1931 zwölf Erwerbslose zu „Notstands“-Arbeiten, d. h. gegen Bezahlung

6

weit unter Tarif, eingesetzt. In 315 Tagewerken regulierten sie die Sedan-, Steinmetz-, Roon- und Metzger Straße.

Das in Glienicke dominierende Kleinbürgertum entwickelte frühzeitig eine rege Vereinstätigkeit. Bestimmend war vor allem der Verein Glienicker Grundbesitzer e. V. In allen Ortsteilen entstanden Ausflugslokale und andere Gaststätten; Sport-, Gesangs-, Spar- und andere Vereine waren hier zu Hause.

### Aus der revolutionären Arbeiterbewegung

Die Entwicklung der sozialdemokratischen Bewegung setzte in Glienicke erst ein, nachdem die deutsche Sozialdemokratie international großes Ansehen gewonnen hatte. Der Opportunismus hatte sich jedoch in ihren Reihen schon stärker ausgebreitet, und sie hatte aufgehört, revolutionäre Vorhut zu sein. Die Mehrzahl der Glienicker Sozialdemokraten stand zur Politik der rechten Parteiführer. So erschöpfte sich ihr Wirken im wesentlichen im Kampf um Sitze im Gemeindeparlament. Den ersten Erfolg errang sie 1906 mit der Wahl des Schuhmacher-gesellen Richard Ulfert in die Gemeindevertretung. Die in Glienicke herrschenden politischen Kräfte versuchten, selbst diese bescheidenen Ansätze sozialdemokratischer Tätigkeit zu unterdrücken. In diesem Bemühen waren sich der Gutsbesitzer, die Grundbesitzer und ihr Verein, die Gemeindeverwaltung und der Pfarrer einig.

Vergeblich wird man in der Glienicker Geschichte nach Aktionen gegen den ersten imperialistischen Weltkrieg, in dem 42 Glienicker ihr Leben lassen mußten, suchen. Die Schrecken des Krieges und das durch ihn hervorgerufene Elend des Volkes sowie vor allem das Beispiel der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in Rußland führten für die deutschen Arbeiter auch in unserer Gemeinde zu einer neuen politischen Situation. Die Novemberrevolution löste auch in Glienicke revolutionäre Aktionen aus. Im November 1918 wurde ein Arbeiter- und Soldatenrat gewählt und als Volks-

beauftragte für die Gemeinde Albert Köster und Ernst Schmidt bestimmt. Ein bewaffneter Wachdienst wurde geschaffen, die Sitzungen der Gemeindevertretung kontrolliert und Verbindung zur Berliner Zentralstelle der Arbeiter- und Soldatenräte hergestellt. An den Machtverhältnissen änderte sich jedoch nichts. Unangetastet blieb auch der bürgerliche Staatsapparat, und so konnte ein Jahr später die Gemeindevertretung mit den bürgerlichen Stimmen die Auflösung des Arbeiter- und Soldatenrates in Glienicke beschließen.

In der revolutionären Nachkriegsperiode verstärkten sich in den Reihen der sozialdemokratischen Genossen die Unzufriedenheit und der Widerstand gegenüber der rechten Führung der Partei. In Glienicke entstand eine Gruppe der USPD, die bereits in den Gemeindewahlen im Februar 1919 die höchste Stimmenzahl erhielt. Jedoch herrschten nach wie vor bürgerlich-demokratische und reformistische Illusionen in der Partei vor. Die Glienicker Ortsgruppe der KPD wurde im Juli 1923 durch die Genossen Henrichsen, Oellermann und andere gegründet. Durch ihr klares politisches Programm und die Konsequenz bei seiner Verwirklichung — für alle Bürger vor allem im Bemühen um kommunale Fortschritte im Interesse der Werktätigen sichtbar — wuchs ihr Einfluß unter der Bevölkerung schnell. Bei den Kommunalwahlen im Jahre 1928 erhielt die KPD die höchste Stimmenzahl im Ort.

Die im Jahre 1929 ausgebrochene Weltwirtschaftskrise erreichte 1933 ihren Höhepunkt. Die wirtschaftliche Lage von Millionen Arbeiterfamilien war katastrophal. Der Kapitalismus erwies sich als unfähig, die soziale Not der werktätigen Massen des Volkes zu beheben. Die Bourgeoisie war nicht mehr in der Lage, unter dem Deckmantel der Demokratie weiterzuregieren. Die Monopolisten suchten den Ausweg in einer offenen faschistischen Diktatur und in der Vorbereitung eines neuen imperialistischen Weltkrieges.

Katastrophal waren die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auch in unserer kleinen Gemeinde. Fast 800 Einwohner



waren von Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit betroffen. In den meisten Arbeiterfamilien fehlte das warme Essen. Viele Kinder mußten ungenügend bekleidet und mit zerrissenen Schuhen zur Schule gehen. Es fehlten Kartoffeln, das Heizmaterial war knapp. Die Bürgerschaftssteuer wurde auf 500 Prozent erhöht. Die Gemeinde hatte mit 273 200 Reichsmark ihren Schuldenhöchststand erreicht.

Hervorragend bewährte sich in den Monaten der großen Not die Klassensolidarität. Die Ortsgruppe der Internationalen Arbeiterhilfe verschickte im Sommer acht Kinder nach Krampe/Müggelheim, zwei Kinder an die Ostsee und elf Kinder in das Ferienheim Dubrow Berg. Zur gleichen Zeit waren zwanzig Kinder vom Wedding für zwei Wochen Gäste in Glienicker Arbeiterfamilien. Die KPD-Ortsgruppe entfaltete eine große Aktivität zur Aufklärung der Einwohner über die wahren Ursachen der Not und wies den einzig richtigen Ausweg. „Einheitsfront — das Gebot der Stunde“, „Wer erkämpft und verteidigt die sozialen Errungenschaften der Arbeiterschaft?“ — das waren Themen ihrer Versammlungen, die im „Sandkrug“ stattfanden. Im Kampf gegen die Ausbeuterwillkür griffen auch die Glienicker Arbeiter zum Mittel des Streiks. Im November 1932 wurden bei der Straßenbaufirma Jenner & Okonkowski die Löhne um 15 Prozent gegenüber dem in Glienicke üblichen Tarif gekürzt. Die Unternehmer wollten die Krisenlasten auf die Arbeiter abwälzen und lehnten die Lohnforderungen ab. Daraufhin traten die Arbeiter in den Streik. Aussperrung war die Antwort der Unternehmer.

### Kampf gegen Faschismus und Krieg

In dieser Zeit des wirtschaftlichen und sozialen Tiefstandes wurde auch in Glienicke die NSDAP aktiv. Mit ihren demagogischen Parolen versuchte sie, die Arbeiter und Kleingewerbetreibenden für ihre Ziele zu gewinnen. Der April 1932, die Zeit der Reichspräsidentenwahl, war eine Periode höchster

politischer Aktivität. In dieser Stunde rief die KPD — getreu dem Programm zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes von 1930 — zur antifaschistischen Aktionseinheit auf. Das Jahr 1932 wurde zum Jahr des Kampfes gegen Faschismus und Krieg, gegen Notverordnungen und Abbau der demokratischen Rechte, für eine wahrhaft demokratische Ordnung. In der Nacht vom 8. zum 9. April 1932 gingen die Genossen Otto Passenheim und Gerhard Weiß, der erst 1930 aus Pommern hierher gekommen war, Streife zum Schutz der Plakate der KPD. Aus dem Hinterhalt wurde in der Oranienburger Straße der Jungkommunist Gerhard Weiß erschossen. Er hatte schon als 19jähriger Bauarbeiter das Elend der Arbeitslosigkeit kennengelernt. Frühzeitig schloß er sich der kommunistischen Arbeiterjugendbewegung an. In Glienicke gehörte er zu den aktivsten Mitgliedern der Ortsgruppe des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands und bewährte sich als zuverlässiger Kurier der Partei. Dafür zog er den besonderen Haß der Faschisten auf sich. Seinen Mörder, einen Schönflieger Nazi, verhaftete man nicht. Er konnte sich auf den Gütern der Junker verstecken; später wurde er Angehöriger der faschistischen Schutzpolizei. Die Trauerfeier für Gerhard Weiß im „Sandkrug“, auf der der kommunistische Reichstagsabgeordnete Theodor Neubauer sprach, gestaltete sich zu einer Manifestation gegen faschistischen Terror, für eine demokratische Entwicklung. Zur Untersuchung des Mordes und seiner Hintergründe hatte der Zentralvorstand der Roten Hilfe Deutschlands einen Ausschuß gebildet. Die öffentliche Verhandlung jedoch, die im Lokal „Lindenhof“ in Hermsdorf stattfinden sollte, verbot der sozialdemokratische Polizeipräsident von Berlin.

Am 6. November 1932 gingen auch die Glienicker an die Wahlurnen, um den Deutschen Reichstag zu wählen. Konnte die KPD bei der Reichspräsidentenwahl im April 1932 in unserem Ort nur 445 Stimmen erringen, so endete diese Novemberwahl mit einem kommunistischen Sieg. Fast jeder

8

dritte Glienicker wählte kommunistisch: KPD 696 Stimmen, NSDAP 629, SPD 620, Deutschnationale Volkspartei 193. Quelle dieses Erfolges war die konsequente Politik der KPD, der wahren Vertreterin der Interessen der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes. Obwohl die beiden Arbeiterparteien zu diesem Zeitpunkt die absolute Mehrheit der Wählerstimmen auf sich vereinigten, kam es auch in Glienicke nicht zur antifaschistischen Aktionseinheit der Arbeiterklasse und der anderen fortschrittlichen Kräfte. Dafür trugen hier wie überall die rechten Führer der SPD die Hauptverantwortung. Am 30. Januar 1933 gelang es dem Monopolkapital, Hitler an die Macht zu bringen.

Mit der Machtübernahme durch Hitler setzte verstärkt der Terror gegen die demokratischen Kräfte ein, vor allem gegen die konsequentesten Kämpfer gegen den Faschismus, gegen die Kommunisten. Die KPD wandte sich mit dem Flugblatt „Hitler — Reichskanzler“ an die Mitglieder der SPD und des Reichsbanners sowie an alle Bürger und rief in der Stunde der höchsten Gefahr erneut zur antifaschistischen Aktionseinheit auf.

Die faschistische Diktatur zwang die Ortsgruppe der KPD in die Illegalität. Viele Genossen wurden verhaftet und in das Polizeipräsidium in Berlin, in das Gerichtsgefängnis Oranienburg sowie später in das Konzentrationslager Oranienburg, in der Brauerei in der Berliner Straße, verschleppt, unter ihnen Alfred Baltot, Otto Broszio, Paul Daberkow, Albert Gottschalk, Paul Haberland, Willi Heller, Werner Hülsen, Erich Kulow, Willi Lindenberg, Albert Prahmschiffer, Willi Sander, Ernst Schmidt, Paul und Otto Stoll, Karl Vainquer, Paul Wachholz, Hermann Wienicke, Hans Zietlow. Für weitere und aus der Haft entlassene Genossen wurde eine Beschränkung der persönlichen Freiheit verfügt, oft das Briefgeheimnis aufgehoben, die Fahrräder und Motorräder beschlagnahmt. In dieser Zeit des faschistischen Terrors fanden am 12. März 1933 die letzten Gemeindewahlen statt. Die Faschisten hatten sich mit dem

bürgerlichen Block verbunden und kandidierten als Deutsche Front. Auch die KPD und die SPD hatten ihre Kandidaten aufgestellt. Die Glienicker wählten von der KPD Albert Gottschalk und Willi Heller, doch beide befanden sich bereits in Haft. Ihre Mandate wurden von den Faschisten annulliert. Im Mai desselben Jahres stellten die drei sozialdemokratischen Gemeindevertreter ihre Mandate zur Verfügung. Im Juni „berief“ man Nazis als Gemeindevertreter und führte eine neue Gemeindeverordnung ein. Durch Sondergesetze der Faschisten wurde die Gemeindevertretung „gleichgeschaltet“. Die folgende Zeit war gekennzeichnet von der weiteren Faschisierung und verstärkten Militarisierung, vom Abbau der demokratischen Rechte und Errungenschaften. Die KPD, die SPD, die Gewerkschaften, der Konsumverband, alle Arbeiterorganisationen und schließlich alle demokratischen Parteien und Vereinigungen wurden verboten und „gleichgeschaltet“, wie im Oktober 1933 die drei Glienicker Grundbesitzervereine zum Haus- und Grundbesitzerverein. Das Vermögen der Klassenorganisationen der Arbeiter wurde beschlagnahmt, so des Arbeiter-Turnvereins „Frisch auf“, der Arbeiter-Samariter-Kolonie und des Arbeitermusikvereins „Empor“.

In den folgenden Jahren verband man die Gemeinde Glienicke verkehrstechnisch enger mit Berlin. Die Einwohnerzahl stieg von 4282 im Jahre 1935 auf 5442 im Jahre 1940. Einige kommunale Einrichtungen entstanden. Einen Kindergarten erhielt Glienicke 1935, ein Jahr später nahm die Kindelwald-Apotheke ihre Arbeit auf, und 1938 wurde das neue Postamt errichtet. Zu weiteren Bauten reichte es während der Zeit des Faschismus trotz wachsender Einwohnerzahl nicht, denn die Vorbereitung des zweiten Weltkrieges verschlang alle Mittel. Auch in Glienicke wurde augenscheinlich, daß der deutsche Imperialismus auf einen Krieg zusteuerte. Bereits im September 1933 fand eine Übung der an der Nordbahn stationierten Sanitätskolonnen statt. Unter der Überschrift „Bomben über Glienicke“ berichtete die Presse: „... ertönte erneut die

9



Feuersirene, und plötzlich hörte man mehrere Detonationen. Vor dem Hause Hauptstraße 18 sollten Gasbomben gefallen sein, die von Fliegern, aus dem Osten kommend, geworfen wurden. ... Gleich darauf erfolgte eine Explosion von Brinzanz-Bomben, die auf das Schulgebäude fielen ... Die Flüchtenden gerieten in den von Gelbkreuz verseuchten Straßenteil ... Feuer in Schulzenhöhe ... Eine weitere unvorhergesehene Meldung besagte, daß Kommunisten einen Überfall ausführten und die Löscharbeiten in Schulzenhöhe behinderten. Die SA wurde alarmiert, die im Laufschrift ausrückte ... Bomben von Flugzeugen aus dem Osten und Überfall durch Kommunisten — das war die Demagogie des Faschismus. Sie diente der Verblendung der Menschen und war Vorwand für die beschleunigte Aufrüstung.

Am 6. Oktober 1933 entstand die Glienicker Ortsgruppe des Reichsluftschutzbundes, die die Schüler im Luftschutz auszubilden begann. Ein halbes Jahr später erhielt die Dorfaue ein Luftschutzdenkmal und die Schule einen Musterluftschutzraum. Im September 1934 schulte der Reichsluftschutzbund in einer großen Aktion 200 Glienicker. Im März 1935 wurde zum erstenmal Verdunkelung geübt. Aufgrund der Wehrpflicht gingen am 26. Oktober 1935 die ersten Männer Glienickes zum Militärdienst. 1937 erhielt der Ort einen Fliegerstützpunkt des Deutschen Luftsportverbandes, und im gleichen Monat kam es zur Pferdemusterung. Man gründete eine Soldaten-Kameradschaft und einen Kolonial-Ortsverband und richtete einen Schießstand ein. Luftschutz- und Verdunkelungsübungen wechselten einander ab ...

Am 1. September 1939 überfiel Hitler-Deutschland Polen. Der zweite imperialistische Weltkrieg, der den Völkern so viel Leid, Elend und Not bringen sollte, hatte begonnen.

In der Nacht vom 25. zum 26. September 1940 fielen auf Glienicke die ersten Bomben. Ein Luftangriff am 23. November 1943 forderte zwei Menschenleben, bei einem Angriff am 22. März 1944 waren fünf Todesopfer zu beklagen. Nach un-

vollständigen Unterlagen fielen 58 Glienicker Männer im Krieg. Unzählige Schäden an Gebäuden wurden zur Ursache für langwährende Wohnungsprobleme im Ort.

### Illegaler antifaschistischer Widerstandskampf

Während der ganzen Zeit der 12jährigen faschistischen Diktatur bestand in Glienicke eine aktive Widerstandsgruppe. Kommunisten, Sozialdemokraten und parteilose Antifaschisten führten unter Einsatz ihres Lebens den Kampf gegen Faschismus und Krieg. In den Jahren 1943 bis 1945 stand diese Gruppe mit Widerstandsgruppen in Berlin in Verbindung. Über den Genossen Karl Neuhof gab es Kontakte zur Widerstandsgruppe Saefkow und über die Genossin Erna Stellmacher zur Widerstandsgruppe des Pfarrers Karl Fischer. Eng waren die Beziehungen zu Widerstandskämpfern in Frohnau und Hermsdorf. Viele Antifaschisten mußten diesen Kampf mit ihrem Leben bezahlen. Unter den Opfern war auch Genosse Karl Neuhof, den die Faschisten am 15. November 1943 im Konzentrationslager Sachsenhausen ermordeten. Er war einer jener Kommunisten, die über die Arbeiterjugendbewegung bereits in jungen Jahren den Weg zur Partei fanden. Gleich vielen setzte er seine ganze Kraft dafür ein, rechtzeitig ein faschistisches Deutschland zu verhindern, den schuldbeladenen deutschen Imperialismus zu überwinden und den Weg in eine friedliche und sozialistische Zukunft zu bahnen. In die Illegalität gezwungen, nahm er an vorderster Front gemeinsam mit seiner Frau und Kampfgefährtin Trude und seinem Sohn Peter am illegalen antifaschistischen Widerstandskampf teil. Erst 1943 gelang es den Faschisten, ihn zu verhaften. Sie verschleppten ihn in das KZ Sachsenhausen und seine Frau in das KZ Ravensbrück. Ohne Prozeß, ohne Urteil brachten sie ihn um. Sein letzter Brief zeugt von seiner Liebe zum Leben und von seiner unerschütterlichen Siegeszuversicht: „Immer Kopf hoch, energisch und zielbewußt sein ... Einzel-schicksal gilt nichts. Alles Denken muß auf das Ganze gerichtet sein.“

10

Zu den mutigen antifaschistischen Widerstandskämpfern gehörten Willy Baase, Wilhelm Beuttel, Paul Enke, Marta, Walter und Heinz Hellige, Hans Hermani, Werner Hülsen, Erich Kullow, Emil Leo, Fritz Rausch, Anna und Otto Weimann, Hermann Wienicke, Hans Zietlow und so mancher Antifaschist. Viel ist noch zu tun, um ihr Wirken zu erforschen.

Mit Hilfe der Glienicker Widerstandsgruppe konnten eine Woche vor dem Einmarsch der sowjetischen Truppen 11 sowjetische Kriegsgefangene aus dem Gefangenenlager bei der Flakstellung in der Nähe der Post fliehen. Im Hause der Familie Weimann fanden sie sicheren Unterschlupf. Auf Eichwerder wurden auch schon vorher Genossen aus Berlin vor den Häschern verborgen.

An mehreren Stellen im Ort hatten die Faschisten Panzersperren errichtet, so am Ortseingang an der Schildower Brücke und an der Ecke Eichhornstraße. Volkssturm hielt sie besetzt. Die letzte Aufgabe der Widerstandsgruppe war es, diese Volkssturmlaute und die Soldaten der Flakstellung von der Sinnlosigkeit des Kampfes zu überzeugen, sie zum Verlassen der Stellungen zu bewegen und so den Ort vor der Zerstörung zu bewahren. Mutig wurde auch diese Aufgabe gelöst.

Ohne größere Zwischenfälle marschierten in der Nacht zum 21. April 1945 Einheiten der siegreichen Roten Armee in Glienicke ein und befreiten den Ort. Die faschistische Nacht war zu Ende.

## An Wendepunkten der Geschichte

### Dank euch Sowjetsoldaten

Der Sieg der Sowjetunion im Großen Vaterländischen Krieg und die Befreiung des deutschen Volkes vom Hitlerfaschismus leiteten ein neues Kapitel in der Geschichte des deutschen Volkes ein. Mit der Befreiungstat der Sowjetunion hatten die deutsche Arbeiterklasse und das ganze deutsche Volk die historische Chance gewonnen, eine grundlegende Wende ihrer Geschichte herbeizuführen. Die Anwesenheit der Streitkräfte des ersten sozialistischen Staates in einem Teil Deutschlands ergab eine günstige Situation, die Interessen des Volkes und die Ziele der Arbeiterklasse durchzusetzen.

Es war deshalb nur folgerichtig, wenn die KPD das nächste strategische Ziel in der „Aufrichtung eines antifaschistischen Regimes ... mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk“ sah. Sie legte in ihrem wegweisenden Aufruf vom 11. Juni 1945 besonderes Gewicht auf die dringendsten, unmittelbaren Tagesaufgaben und ging davon aus, daß eine konsequente antiimperialistisch-demokratische Erneuerung dazu führen mußte, die Hegemonie der Arbeiterklasse zu verwirklichen und einer künftigen sozialistischen Entwicklung den Weg zu bahnen, für den auch die Glienicker Kommunisten bereits zur Zeit der Weimarer Republik das Votum breiter Kreise der Wähler unseres Ortes erhalten hatten.

Jetzt begannen sich die politischen Machtverhältnisse im Ort schrittweise zugunsten der Kräfte des gesellschaftlichen Fortschritts zu wandeln. Von nun an wurden die Geschicke der



Gemeinde maßgeblich von der Arbeiterklasse und den werktätigen Schichten bestimmt. Auch in Glienicke konnte jetzt mit der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung begonnen werden. Das war um so besser möglich, da die Hilfe der sowjetischen Freunde von vornherein darauf gerichtet war, entsprechend dem Potsdamer Abkommen alle Überreste des Faschismus und Militarismus zu beseitigen und dem deutschen Volk zu helfen, wahrhaft demokratische Verhältnisse zu schaffen. Diesem Ziel diente auch das Bemühen der in Glienicke stationierten sowjetischen Truppen.

Erster sowjetischer Ortskommandant war Major Romjanzew. Die sowjetische Kommandantur war zunächst in der Jungbornstraße, in dem Gebäude des späteren Schulorts, untergebracht, wurde aber bald nach Frohnau verlegt.

Die sowjetischen Freunde halfen der neuen demokratischen Gemeindeverwaltung stets mit Rat und Tat. Hier konnten die Erbauer des ersten sozialistischen Staates ihre geschichtlichen Erfahrungen praktisch weitergeben. Durch diese Soldaten bewährte sich die Pionierrolle der Sowjetunion gegenüber den aus dem kapitalistischen Weltsystem endgültig ausbrechenden Staaten auf vorbildliche Weise. Die eigenen Erfahrungen zu vermitteln, bedeutete, den deutschen Klassenbrüdern zu helfen, den richtigen Weg zu finden, Fehler zu vermeiden und Bewährtes aus dem Lande des Sozialismus kennenzulernen und in die Praxis umzusetzen. Glienicker Kommunisten erinnern sich noch gut der vielen Diskussionen, die sich oft bis spät in die Nacht hinstreckten. Über vieles war Klarheit zu schaffen. Wie sollte es in Deutschland nach der von den deutschen Imperialisten heraufbeschworenen nationalen Katastrophe weitergehen? Was war zu tun, um die verhängnisvolle Spaltung der Arbeiterklasse zu überwinden? Wie war die Bündnispolitik gegenüber den Mittelschichten, der Intelligenz und den werktätigen Bauern zu führen? Wieso war es vorerst nicht möglich, mit dem Aufbau des Sozialismus zu beginnen? Solche und andere Fragen wurden heftig diskutiert.

12

Die Befreiung durch die Sowjetarmee im April 1945 war ein entscheidender Wendepunkt auch in der Geschichte unseres Heimatortes.

### Vereinigung der Arbeiterparteien

Die deutschen Kommunisten und Sozialdemokraten hatten in der Zeit der Weimarer Republik und während der faschistischen Diktatur die bittere Erfahrung gemacht, daß die Spaltung der Arbeiterklasse stets nur dem Klassengegner zum Vorteil gereicht hatte. Sie waren sich nach der Niederwerfung des Faschismus in ihrer übergroßen Mehrheit darin einig, daß die verhängnisvolle Spaltung unverzüglich überwunden werden mußte. Die Mitglieder beider Arbeiterparteien erkannten beim schweren Neuaufbau von der ersten Stunde an, wie ungemein fördernd sich die Aktionsgemeinschaft der Arbeiterklasse bei der Lösung der neuen Aufgaben auswirkte. Das fand in Glienicke seinen Ausdruck in der gemeinsamen Kundgebung von KPD und SPD am 22. Juli 1945 auf dem Sportplatz, die unter dem Motto „Die Aufgaben im neuen demokratischen Deutschland, Ausrottung des Faschismus“ stand. Auch die in der KPD und SPD organisierten Frauen konnten bereits Anfang 1946 auf gute Erfahrungen bei der gemeinsamen Lösung dringender Tagesaufgaben wie bei der Aktion „Rettet die Kinder!“ zurückblicken. Der kommunale Frauenausschuß wurde am 24. Januar 1946 durch eine gemeinsame Frauenversammlung von KPD und SPD bestätigt.

Um den wachsenden Anforderungen im Klassenkampf gerecht zu werden und die Bestrebungen der Reaktion entschieden zurückweisen zu können, mußten sich die Arbeiterparteien politisch-organisatorisch vereinigen. Von Ende 1945 bis Anfang 1946 rückte der Kampf um die Vereinigung von KPD und SPD in den Mittelpunkt des politischen Ringens. Er wurde zur zentralen und unaufschiebbaren Aufgabe für alle revolutionären Kräfte. Auch die Glienicker Parteigruppen drängten auf Vereinigung und forderten diese nachdrücklich auf Sit-

Der sowjetische Kommandant Wassilew nutzte jede Gelegenheit, um den Kontakt mit den Glienicker Bürgern zu festigen. Er sprach am 13. Mai 1945 auf der ersten großen, von der KPD veranstalteten Nachkriegskundgebung auf dem Sportplatz an der Thälmannstraße zu den zahlreich versammelten Einwohnern des Ortes. Mit leidenschaftlichen Worten deckte er das Wesen der faschistischen Barbarei auf und umriß die vor allen demokratischen Kräften stehenden Aufgaben zur Liquidierung der Überreste des Faschismus und für die antifaschistisch-demokratische Umwälzung in Glienicke.

Noch heute ist den Glienicker Antifaschisten der 1. Mai 1945 in lebendiger Erinnerung. Am internationalen Kampftag der Arbeiterklasse zog ein Häuflein von etwa 50 Bürgern zum Kundgebungsplatz. An der Spitze flatterte eine rote Fahne mit dem Emblem der KPD, die über die Zeit des Faschismus gerettet werden konnte. Als der Zug an der sowjetischen Kommandantur vorbeikam, präsentierte der Posten das Gewehr. Im September 1947 wurde die in Glienicke stationierte Einheit der Sowjetarmee wieder abgezogen. Herzlich war der Abschied, hatte sich doch in gemeinsamer Arbeit eine feste Freundschaft zwischen den Glienicker Genossen und den sowjetischen Soldaten herausgebildet. Als Abschiedsgeschenk übergaben die sowjetischen Freunde eine Fahne, auf deren einer Seite das Wappen der UdSSR aufgestickt ist. Die andere Seite trägt die Aufschrift „Wattefabrik der Leichtindustrie, Wanderfahne für die führende Stachanowschicht für höchste Produktionsergebnisse von der Direktion und dem Betriebskomitee der Wattefabrik“. Über die Geschichte der Fahne — die wir heute in unserem Ortsarchiv bewahren — können wir nur Vermutungen anstellen. Gehörte der Offizier Wolodja, der sie überreichte, zu den ausgezeichneten Stachanowarbeitern? Oder war die Fahne das Geschenk der Stachanowarbeiter an ihre Genossen, die an die Front gingen? Wir wissen es nicht. Die Fahne, sowjetischen Bestarbeitern gewidmet, deutschen Aktivisten der ersten Stunde geschenkt, ist ein Symbol aus den Anfängen deutsch-sowjetischer Freundschaft in Glienicke.

zungen und Versammlungen. Ein bedeutsamer Schritt auf diesem Wege war eine erste gemeinsame Beratung beider Ortsgruppenvorstände Mitte Februar 1946, der die erste gemeinsame Funktionärskonferenz am 22. Februar folgte. Hier wurde die Bildung eines Aktionsausschusses zur Vorbereitung der Vereinigung beschlossen. Ihm gehörten je fünf Mitglieder der KPD und der SPD an. Die KPD zählte damals in Glienicke ca. 200 Mitglieder, die SPD ca. 170.

Der Vereinigungsprozeß verlief jedoch auch in Glienicke nicht ohne Widersprüche. Gerade von den angrenzenden Westsektoren Berlins aus wurden die wütendsten Angriffe gegen die Vereinigung der Arbeiterparteien in der sowjetischen Besatzungszone vorgetragen. Den Hauptstoß gegen die Einheitsbewegung lief die Reaktion durch antikommunistische rechte sozialdemokratische Funktionäre um Kurt Schumacher führen. Offensichtlich standen auch einige Glienicker Sozialdemokraten wie Gustav Schulz unter deren Einfluß und versuchten, die Vereinigung der Arbeiterparteien im Ort zu hintertreiben. Sie gerieten so in Gegensatz zur Mehrheit der Mitglieder ihrer Ortsgruppe. Das führte zu harten Auseinandersetzungen in den Reihen der sozialdemokratischen Parteimitglieder. In diesem ideologischen Klärungsprozeß war das Auftreten des Genossen Friedrich Ebert, damals Sekretär der SPD im Land Brandenburg, von großer Wirkung, als er in einer SPD-Versammlung im Lokal „Waldesruh“ in der Jungbornstraße die Genossen in ihrem Willen zur Einheit bestärkte.

Die öffentliche Vereinigungskundgebung fand unter starker Anteilnahme der Bevölkerung am 1. Mai 1946 auf dem Sportplatz an der Thälmannstraße statt. In bewegten Worten berichtete der Kommunist Otto Henrichsen vom historischen Vereinigungsparteitag in Berlin am 21. und 22. April 1946, an dem er als Glienicker Delegierter teilgenommen hatte. Mit seinem „Ja“ zur Einheit unterstrich er die Lehren aus der Geschichte der deutschen Arbeiterklasse und seines eigenen Lebens.



Entsprechend einem Beschluß, alle Funktionen in der Partei paritätisch mit Mitgliedern der beiden ehemaligen Parteien zu besetzen, wurde der Kommunist Max Schütz als einer der beiden Vorsitzenden der SED-Ortsgruppe nominiert. Dem späteren Verräter und Diversanten Gustav Schulz gelang es, sich von den SPD-Mitgliedern als gleichberechtigter Vorsitzender benennen zu lassen.

Bei der Lösung komplizierter Aufgaben entwickelte und festigte sich die Glienicker Parteiorganisation. Bereits 1948 zählte sie 512 Mitglieder, die in 11 Straßengruppen organisiert waren.

### Störaktionen des Imperialismus

Von Anfang an brachte die unmittelbare Nachbarschaft zum französischen Sektor Berlins mit der offenen Grenze für die demokratische Entwicklung in Glienicke eine ständige Konfrontation mit den Kräften des Imperialismus mit sich. Im Gegensatz zum konsequent demokratischen Beginn in Glienicke, unterstützt von den sowjetischen Freunden im Waffenrock, wurden unter dem Schutz der französischen Besatzungsmacht in den angrenzenden Ortsteilen des Westberliner Stadtbezirkes Reinickendorf die Ansätze einer demokratischen Umgestaltung zunichtegemacht. Mit Hilfe der imperialistischen Westmächte, durch aktive Mitwirkung rechter SPD-Führer vermochte die Großbourgeoisie, dort ihre schwer erschütterten Machtpositionen wieder zu festigen.

Der Imperialismus benutzte Westberlin in dem von ihm entfachten „kalten Krieg“, um die erfolgreich verlaufende demokratische Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone zu behindern. Auch in Glienicke war die vielfältige Einflußnahme reaktionärer Kräfte in der Nachkriegszeit spürbar. Grenzprovokationen unterschiedlichster Art wurden inszeniert. Sogar vor der Ermordung sowjetischer Soldaten schreckte man nicht zurück. Ständig wurden die Glienicker Bürger über Westberliner Hetzsender und Lautsprecher mit gegne-

rischen Parolen überschüttet. Langjährig existierende familiäre und freundschaftliche Kontakte von Glienicker Einwohnern zu Bürgern aus Lübars, Hermsdorf und Frohnau wurden ausgenutzt, um Mißtrauen und Haß gegen die Sowjetarmee und die antifaschistisch-demokratischen Staatsorgane zu schüren. Die traditionell über Westberliner Territorium führenden Verbindungswege nach Berlin wurden dazu mißbraucht, unseren Berufsverkehr willkürlich zu behindern. Über einen künstlich manipulierten Schwindelkurs versuchten sie, unseren wirtschaftlichen Wiederaufbau zu desorganisieren und unsere Arbeitskräfte als Ausbeutungsobjekte für die Westberliner Betriebe zu werben. Manche Glienicker Bürger arbeiteten seit jeher in Betrieben, die nun zu den Westsektoren gehörten. Nicht jeder Einwohner besaß damals die politische Einsicht, um zu erkennen, daß die Ursachen der anormalen Situation in der Spalterpolitik der imperialistischen Westmächte zu suchen waren und daß eine Berufstätigkeit in Westberlin letztlich den Interessen der Werktätigen zuwiderliefe.

### Aktivisten der ersten Stunde

Höchste Anerkennung gebührt den Glienicker Bürgern, die als erste beispielgebend zupackten, um das chaotische Erbe des Faschismus zu überwinden. Ohne zu zögern, stellten sie sich den gerade in dieser Zeit außerordentlich komplizierten Fragen auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens. Zu den Aktivisten der ersten Stunde gehörten Menschen wie Hildegard Behrendt, Kurt Behrens, Elli und Franz Berger, Otto Henrichsen, Wilhelm Hetzel, Dr. von Hülsen, Walter Jortzig, Richard Kühn, Erich Kulow, Ella und Johannes Meyer, Otto Plaetke, Reinhold Ruhnau, Albert Schmiljun, Hildegard Schreiber, Karl Schwabe, Otto Weimann. Sie waren vor allem Mitglieder der wieder legal wirkenden Ortsgruppe der KPD und der seit Juni 1945 bestehenden Ortsorganisation der SPD. Um sie scharten sich Mitglieder anderer Parteien wie der LDPD und fortschrittliche Parteilose. Die Aktivisten der ersten

14

Stunde waren überwiegend Arbeiter, die der bürgerliche Klassenstaat in ihrer Ausbildung immer benachteiligt hatte. Einige von ihnen mußten aufgrund ihrer antifaschistischen Haltung Jahre in faschistischen Gefängnissen zubringen und Foltern erdulden. Manch einer hat schwere gesundheitliche Schäden davongetragen. Diese erprobten Antifaschisten bewältigten die für sie völlig ungewohnten Aufgaben und lernten, sie zunehmend besser zu lösen. Sie mußten sich binnen kürzester Frist mühsam, meist mit hungrigem Magen und bei Kerzenlicht, das für ihr neues Aufgabengebiet notwendige Rüstzeug aneignen. Daß ihnen in ihrer schwierigen Arbeit auch Fehler unterliefen, ist nicht verwunderlich. Von unschätzbarem Wert waren jedoch ihre Erfahrungen im Klassenkampf und ihr fester Klassenstandpunkt. Der Klassenkampf hatte sie die Bereitschaft gelehrt, sich voll einzusetzen, keine Opfer zu scheuen, vor Schwierigkeiten nicht zu kapitulieren, sondern sich ohne Zögern an ihre Überwindung zu wagen. Diese Eigenschaften, die viele proletarische Kämpfer jener Jahre mitbrachten und die im Wesen unserer Partei begründet liegen, ließen sie kämpferisch und siegeszuversichtlich die schwersten Aufgaben lösen. Ihr Enthusiasmus half wesentlich, die bei einem Teil der Bevölkerung vorhandene Lethargie und den fehlenden Glauben an eine bessere Zukunft zu überwinden. Im täglichen Einsatz für die elementaren Belange ihrer Mitbürger wurden die Aktivisten der ersten Stunde schon bald in der Erkenntnis bestärkt, daß die Beseitigung der furchtbaren Hinterlassenschaft der Nazibarbarei nur durch enges Zusammenwirken aller demokratischen Kräfte erreichbar war. So kam es bereits am 17. Juni 1945 zur Bildung des Antifaschistischen Blocks im Glienicker Olympia-Kino.

### Organe der neuen Staatsmacht

Die Errichtung einer antifaschistisch-demokratischen Verwaltung bedeutete auch in Glienicke einen radikalen Bruch mit

der Gemeindeverwaltung des bürgerlichen Klassenstaates. Die Besetzung der wichtigsten Positionen durch Vertreter der revolutionären Arbeiterklasse und andere Antifaschisten signalisierte unüberhörbar den ersten großen Durchbruch der Kräfte des Fortschritts gegen die Kräfte der Reaktion. Dem ersten Bürgermeister Otto Weimann stand mit Erich Kulow ein bewährter antifaschistischer Widerstandskämpfer als Stellvertreter zur Seite. Das Ressort Handel, Versorgung und Landwirtschaft wurde von Franz Berger geleitet, für Sozialwesen war Hildegard Schreiber verantwortlich, die Funktion des Leiters der örtlichen Polizeikräfte wurde Paul Passenheim übertragen. Zu den vordringlichsten Aufgaben zählte der Schutz des Lebens und des Eigentums der Bürger. Dabei spiegeln sich die Probleme und die Arbeitsweise der neuen Kommunalverwaltung recht deutlich im Aufbau der antifaschistischen Polizeitruppen wider. Nazistischer Ungeist und die Wirren des Krieges hatten eine demoralisierende Wirkung auf einen nicht geringen Teil der Bevölkerung ausgeübt. Der ständige Hunger war die Quelle mancher ungesetzlichen Handlung. Um der zunehmenden Kleinviehdiebstähle Herr zu werden, wurde im Oktober 1945 ein Patrouillendienst eingerichtet. Bis Jahresende 1945 gingen über 300 Anzeigen ein. Diese Häufung von Eigentumsdelikten veranlaßte die Gemeindeverwaltung, im Februar 1946 einen zusätzlichen zivilen Wachdienst einzurichten. Alle Männer im Alter von 16 bis 65 Jahren waren zur Teilnahme verpflichtet. In der Folgezeit ging die Zahl der Diebstähle zurück. Eine Bande von 8 Einbrechern konnte gestellt werden. Wenn auch die Polizeitruppe nur mangelhaft ausgerüstet war und über unzureichende Dienstbekleidung verfügte, während andererseits Faschisten und Kriminelle häufig noch illegal Waffen und Munition aus der Zeit des zweiten Weltkrieges besaßen, so trugen diese neuen Polizeikräfte doch wesentlich dazu bei, die Folgen des Krieges und der faschistischen Herrschaft zu überwinden, die Belange der arbeitenden Menschen durchzusetzen und die neue Staatsmacht in Glienicke zu festigen.

15



Ein einschneidendes Ereignis in der weiteren Entwicklung waren die Gemeindewahlen vom 15. September 1946. „Wahlrecht ist Wahlpflicht!“ — unter diesem Motto rief die Glienicker Gemeindeverwaltung die Einwohner zur ersten demokratischen Nachkriegswahl auf. Dabei zeugte die öffentliche Rechenschaftslegung am 1. September 1946 im Lokal Schwarz (der späteren HO-Gaststätte „Treffpunkt“) mit einer lebhaften Aussprache von der neuen Qualität des politischen Lebens im Ort. Die Bürger sagten offen ihre Meinung und trugen Hinweise und Kritiken an die demokratische Gemeindeverwaltung heran. Die hohe Wahlbeteiligung war Ausdruck der wachsenden politischen Interessiertheit der Bürger; das Wahlergebnis war ein Bekenntnis zur bewährten Politik des Antifaschistischen Blocks. Zum Vorsitzenden der ersten demokratischen Glienicker Gemeindevertretung wurde Franz Berger gewählt.

## Wirtschaftlicher Aufbau

Unsagbar schwer war es, das vom Faschismus hinterlassene wirtschaftliche Erbe zu überwinden und das Leben schrittweise zu normalisieren. In mehreren Arbeitseinsätzen wurden zunächst die größten Kriegsschäden an einigen Gebäuden beseitigt; die Flak- und Scheinwerferstellung wurde eingebnet. Ab 16. Juni 1945 konnte Glienicke wieder mit Elektrizität versorgt werden. Auf Initiative Karl Schwabes legten die Elektromeister des Ortes eine 400 m lange Leitung, um den Anschluß an das BEWAG-Netz herzustellen. Kabel- und Anschlußstörungen wurden in gemeinsamer Arbeit Glienicker Bürger behoben.

Eines der Hauptprobleme war, die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung zu gewährleisten. Einige Geschäftsleute hatten Glienicke verlassen, und die Läden waren geplündert worden. Die wenigen im Ort noch vorhandenen Lebensmittel mußten gerecht verteilt werden. Häufig reichten die Vorräte nur für einen Tag. Deshalb lief die Gemeindeverwaltung nichts un-

versucht, um zusätzlich Lebensmittel heranzuschaffen. „Oft mußten wir das zum Brotbacken benötigte Mehl von weither aus Mecklenburg holen“, weiß Franz Berger zu berichten. „Es war notwendig, daß ich als Verantwortlicher selbst die Transporte der Fuhrunternehmer begleitete, um zu garantieren, daß die kostbare Ladung auch in vollem Umfang ihren Bestimmungsort erreichte ... Mit Bangen sahen wir jeder Reifenpanne an den alten Fahrzeugen entgegen, bedeutete doch jede Havarie, daß die dringend benötigte Fracht nicht rechtzeitig im Ort eintraf.“

Die Arbeitsweise der neuen demokratischen Gemeindeverwaltung trat darin zutage, daß sie den Glienickern die Situation offen erläuterte und gemeinsam mit der Einwohnerschaft die kritische Ernährungslage schrittweise verbesserte. In ihrem Auftrage halfen eine Reihe Geschäftsleute Lebensmittel von überall heranzuschaffen. Um der dringenden Not abzuhelfen, regte die Gemeindeverwaltung die Bevölkerung an, sich mit Gemüse und Kartoffeln selbst zu versorgen. Sie übernahm die kommissarische Verwaltung der Gärtnerei Pfitzner am Wiesenweg, die Ella und Johannes Meyer in ihrem Auftrage umsichtig leiteten. Bis zum 30. Mai wurden ca. 62 000 Gemüse- und ca. 6600 Tomatenpflanzen verkauft. Die Gemeindeverwaltung forderte die Einwohner auf, bisher noch unbebaute Flächen zu nutzen. Viele Glienicker Bürger hielten Kaninchen, Ziegen und andere Kleintiere. Mit gutem Beispiel ging der Gartenbaubetrieb Loechel voran. Er nahm umgehend die Gemüseproduktion auf und stellte Pflanzgut für die Bevölkerung bereit.

Die Glienicker Geschäftsleute und Handwerksmeister unternahmen große Anstrengungen, um die Versorgungslage zu normalisieren. Es gab jedoch auch Schwarzhändler und Schieber, die skrupellos die Notlage der Bevölkerung ausnutzten, um sich persönlich zu bereichern. Gegen sie mußte energisch vorgegangen werden. So kontrollierten ehrenamtliche Kräfte Geschäfte im Hinblick auf Einhaltung der Preise und die Hortung von begehrter Mangelware. Eine wichtige Rolle bei

16

der Versorgung begann die Konsumgenossenschaft zu spielen. Mit tatkräftiger Unterstützung durch Hildegard Behrendt wurde die erste Verkaufsstelle am Dorfteich am 1. Mai 1946 eröffnet. Das ermöglichte, einen Teil der dringend benötigten Existenzmittel gesellschaftlich zu kontrollieren und somit gerechter zu verteilen.

Die besondere Fürsorge der demokratischen Kräfte galt den Kindern und Jugendlichen. Im Rahmen der Aktion „Rettet die Kinder“ ließ die Gemeindeverwaltung im Dezember 1945 an Bedürftige Strümpfe, Handschuhe und andere Bekleidungsstücke verteilen. Zum ersten Friedensweihnachtsfest gab man an die Kinder 900 Stollen aus und an die Familien mit Kleinkindern bis zu zwei Jahren je Kind 250 Gramm Mehl. Eine im Ort für die Kinder durchgeführte Geldsammlung erbrachte über 12 000 Mark. All das organisierten in mühevoller Kleinarbeit die Mitglieder des Kommunalen Frauenausschusses. Zeitdokumente enthalten Namen wie Behrendt, Berger, Jortzig, Levy, Rieß, Schubert, Weiland, Weimann, Wienicke, Zietlow und den von Grete Naß, der später langjährigen Vorsitzenden der DFD-Ortsgruppe. Auf Initiative der Frauen wurde eine Nähstube eingerichtet. Die Frauen stellten selbst — oft aus alten Kleidungsstücken und Textilresten — dringend benötigte Kinderbekleidung her. Im Winter 1945 appellierte der Frauenausschuß an die Schuhmacher des Ortes, das Schuhwerk der Kinder bevorzugt zu reparieren. Auch der Aufruf des Ortsausschusses der Märkischen Volkssolidarität vom November 1946 spiegelt die um diese Jahreswende herrschende Notlage eindringlich wider. Er war von allen gesellschaftlichen Organisationen des Ortes und der Kirche unterzeichnet und ersuchte alle Glienicker, Kleidungsstücke für Kinder, betagte Bürger, Heimkehrer und Umsiedler zu spenden. Bereits am 23. November 1946 beteiligte sich der Glienicker Frauenausschuß an einer Ausstellung des damaligen Kreises Niederbarnim in Bernau mit einigen in Gemeinschaftsarbeit angefertigten Kleidungsstücken für Kinder. Aus dem Glienicker Frauenausschuß ging 1947 die Ortsgruppe des DFD her-

vor, die tatkräftig die demokratische Entwicklung förderte.

Eine schwierige wie politisch bedeutsame Aufgabe in dieser Zeit war die Unterbringung von über 800 Umsiedlern im Ort, kam es doch darauf an, diesen neuen Gemeindegliedern ein Zuhause zu schaffen. Zwangsläufig mußten die alteingesessenen Einwohner enger zusammenrücken und ihre Wohn- und Abstellräume mit den Neubürgern teilen. Bis auf wenige Fälle, in denen polizeiliche Zwangseinweisungen unumgänglich waren, bewies die Glienicker Bevölkerung das nötige Verständnis.

Gewaltige Anstrengungen der Kommunalverwaltung waren erforderlich, um genügend Brennstoffe bereitzustellen. Das wenige Holz und die oft minderwertige Rohbraunkohle mußten von weither transportiert werden. Nur kurzfristig war es möglich, die Gemeinde mit Holz aus eigenen Beständen zu versorgen. Die Waldbestände hinter dem Elsbruch — auf der Flur des späteren Waldfriedhofes gelegen — waren bereits bedenklich gelichtet worden; einem weiteren Raubbau mußte bei allem Verständnis für die Notlage der Bevölkerung Einhalt geboten werden. Die Versorgung mit Heizmaterial spitzte sich im extrem kalten Winter 1946/47 besonders zu. Die Gemeindeverwaltung griff zur Selbsthilfe, indem sie 1947 am Kindelwald hinter dem Erlengrund den Torfstich organisierte. Im Glienicker Torfstichbetrieb arbeiteten unter Leitung von Hans Knoll und Georg Neukirchner bis zu 37 Arbeiter in zwei Schichten. Sie gewannen 1947/48 nahezu 3000 m<sup>3</sup> Torf, den sie auf den benachbarten Wiesen trockneten und umgehend an die Einwohner zu billigem Preis verkauften. Noch heute sind die durch den Torfstich entstandenen Gruben zu erkennen. Schließlich war das Aufkommen an Elektroenergie damals überall sehr gering, und längere Stromabschaltungen in den Wintermonaten waren nicht zu vermeiden. Brennstoffe waren deshalb für das Heizen, Kochen und für die Gewerbe lebensnotwendig.

Unverzüglich brachte die Gemeindeverwaltung auch das Ge-



sundheitswesen in Gang. Bereits Anfang Mai 1945 konnte das Krankenhaus in der Schönfließer Straße, das heutige Feierabendheim, nach einer Renovierung wieder geöffnet werden. Unermüdlich hatte sich Walter Jortzig, unterstützt von Wilhelm Hetzel, dem neuen Verwalter, um die Innenaussstattung bemüht. Buchstäblich von der Straße sammelte er Bettstellen auf, um die notwendigste Einrichtung zu gewährleisten. Wie dringend das Krankenhaus benötigt wurde, machen mehrere Typhuserkrankungen im September 1945 deutlich, die dort behandelt werden mußten. Gemeinsam mit der Gemeindegeschwester unternahm die leitende Ärztin Dr. von Hülsen alles in ihren Kräften Stehende, um zu verhindern, daß sich ansteckende Krankheiten weiter verbreiteten. So erhielten die Einwohner wegen der erhöhten Seuchengefahr vorbeugende Schutzimpfungen. Es galt überhaupt, den durch den Krieg geschwächten Gesundheitszustand vieler Menschen zu stabilisieren. Deshalb war eine wesentliche Hilfe, daß ab August 1945 im Ort wieder zwei Ärzte zur Verfügung standen.

### Ein neuer Geist zieht ein

Eine der schwierigsten Aufgaben war, die geistige Hinterlassenschaft zwölfjähriger Nazibarbarei zu überwinden. Die KPD entwickelte auf ihrer Zentralen Kulturtagung im Februar 1946 klare Vorstellungen, wie der verhängnisvolle Einfluß der imperialistischen Ideologie gebrochen und der Ungeist des Faschismus ausgerottet werden kann. Rassistische, nationalistische und revanchistische Auffassungen und Vorbehalte galt es, überall aus den Köpfen der Menschen zu verdrängen und durch eine humanistische Haltung und ein antifaschistisch-demokratisches Bewußtsein zu ersetzen. Der neue Geist mußte getragen sein von der Achtung gegenüber allen Völkern und Rassen und von einer konsequent antiimperialistischen Gesinnung, die den Willen zum aktiven Mitgestalten der antifaschistisch-demokratischen Entwicklung einschließt. Das deutsche Volk mußte sich die Achtung der Völker wiederer-

ringen. Ein Hauptanliegen war, die Freundschaft zu den Sowjetvölkern, den Wegbereitern einer besseren Zukunft, die die größten Opfer zur Befreiung der Völker vom Faschismus gebracht hatten, zu entwickeln. Die Verbreitung der Weltanschauung der Arbeiterklasse, des Marxismus-Leninismus, wurde zur grundlegenden Aufgabe der Partei auch gegenüber allen Bündnispartnern.

Einen wichtigen Platz in diesem Prozeß der geistigen Umerziehung nahm die Neugestaltung der Volksbildung und des geistig-kulturellen Lebens ein. So schnell wie möglich mußte der Schulunterricht wieder aufgenommen werden, waren doch gerade Kinder und Jugendliche jahrelang im faschistischen Geist erzogen worden und durch die Kriegswirren zum Teil der Verwahrlosung nahe. Mit Kurt Behrens übernahm ein in der SPD organisierter Berliner Lehrer die Leitung der Schule. Das Schulgebäude, das vorübergehend den um Berlin kämpfenden Rotarmisten als Lazarett gedient hatte, stand bereits Anfang Mai 1945 wieder zur Verfügung. Es wurde dank der Aktivität des neuen Rektors sowie des Hausmeisters Otto Plaetke und der wenigen verbliebenen Lehrer unter vielen Mühen wieder mit Mobiliar ausgestattet, so daß die Glienicker Schule als eine der ersten Schulen im damaligen Land Brandenburg den Unterricht schon am 22. Mai 1945 wieder aufnehmen konnte. Nicht nur der neue antifaschistisch-demokratische Inhalt der schulischen Erziehungs- und Bildungsarbeit stellte hohe Anforderungen an die Lehrer, sondern auch die komplizierten Umstände, die zu meistern waren. An neuen Lehrbüchern, Lehrmitteln und Schreibmaterial herrschte empfindlicher Mangel; längst ausgediente Schiefertafeln wurden wieder hervorgeholt, Ränder von Büchern und Zeitungen ersetzten noch fehlende Schreibhefte. Die strengen Nachkriegswinter beeinträchtigten die Erziehungs- und Bildungsarbeit erheblich. Im Winter 1946/1947 mußte die Schule zeitweilig wegen Mangel an Heizmaterial schließen; die Schüler kamen nur an bestimmten Tagen, um Hausaufgaben entgegenzunehmen oder abzuliefern. Auch sie mußten mit heute

18

unvorstellbaren Schwierigkeiten fertig werden. Viele besaßen nur unvollkommene Winterbekleidung, ein großer Teil kam mit durchlöchernten Schuhen und hungrigem Magen zum Unterricht. Alarmierend hieß es in einem Bericht der Schulärztin an die Gemeindeverwaltung im Mai 1947: „Bei der letzten Schuluntersuchung wurde festgestellt, daß von 763 Kindern nur 18 voll ausreichend ernährt, 244 Kinder unterernährt und 458 Kinder stark unterernährt und gesundheitsgefährdet waren. 43 Kinder waren in einem Zustand vollkommener Schwäche ...“ Auch hier half die neue Gemeindeverwaltung, den Gesundheitszustand der Schüler zu verbessern. Mit Unterstützung des Frauenausschusses wurde 1946 zunächst zweimal wöchentlich die Schulspeisung eingeführt. Eine besondere Überraschung bereitete die DFD-Ortsgruppe den Schulanfängern von 1947. Jeder erhielt eine Stolle und eine Tüte Bonbons. Auch zur demokratischen Schulreform leistete Glienicke seinen Beitrag. Im Zuge der Entnazifizierung wurden am 20. Juni 1945 hier sieben Lehrer und vier Lehrerinnen, die der NSDAP angehört hatten, entlassen. Mit der neuen achtklassigen Einheitsschule erhielten nunmehr alle Glienicker Kinder gleiche Bildungsmöglichkeiten, und das für die Ausbeutergesellschaft typische Bildungsprivileg der besitzenden Klasse war gebrochen. Jedoch konnten den neuen humanistischen und demokratischen Bildungs- und Erziehungsinhalt nur Lehrer durchsetzen, die selbst zu den antifaschistischen Kräften gehörten. Die sechs jungen, überwiegend aus der Arbeiterklasse stammenden Schulhelfer betätigten sich politisch aktiv. Im Jahre 1946 qualifizierten sie sich zu Neulehrern. Diese noch unerfahrenen Schulhelfer bzw. Neulehrer hatten besonders in den Jahren 1945 bis 1947 schwierige Probleme zu meistern. Durch den Zuzug einer größeren Zahl Umsiedler stieg die Schülerzahl bis Ende 1947 von 580 auf 730. Eine Teilung der Klassen war aus Lehrer- und Raumangel unmöglich. Die Klassenfrequenz lag teilweise bei 60 Schülern. Der durch Unterrichtsausfall infolge Kriegswirren bedingte, recht unterschiedliche Stand der Vorkenntnisse bei

den Schülern erschwerte die Arbeit der Lehrer ungemein. Zur demokratischen Umgestaltung der Schule gehörte auch die Mitarbeit der Eltern. Der Elternausschuß erlangte vor allem in den Jahren 1949/1950 größere Wirksamkeit.

Für das neue geistig-kulturelle Leben der Glienicker Bevölkerung bot das Olympia-Kino eine kulturvolle Heimstatt. Bald konnten durch die Hilfe der im benachbarten Reinickendorf stationierten sowjetischen Militärdienststellen neue Filme gezeigt und Varieté-Veranstaltungen angeboten werden. Beliebt waren die ersten Nachkriegskonzerte mit Berliner Musikern im Kino oder im Lokal Schwarz. Mancher mag sich erinnern, wie sehr solche Veranstaltungen halfen, trotz widriger Umstände wieder zu neuem Lebensmut und Vertrauen in eine bessere Zukunft zurückzufinden. Und es war kein Zufall, daß ein Kommunist wie Erich Kulow Initiator dieser neuen Kulturarbeit war, bei der ihm die Künstler Kortini und Solbrig freudig halfen.

Im Juni 1945 entstanden mit den Sektionen Handball und Gymnastik auch die Anfänge der demokratischen Sportbewegung in Glienicke. Drei Wochen später, am 14. Juli 1945, erhielt die Jugend in der Jungbornstraße ein kommunales Jugendheim. Es war anfangs der Antifaschistische Jugendausschuß, der hier politische und kulturelle Veranstaltungen organisierte. Im März 1946 übernahm diese Aufgabe die unter aktiver Mitwirkung von Karl-Heinz Ziegler und Horst Bredow gegründete Ortsgruppe der FDJ mit etwa 25 Mitgliedern. Sie unterstützte die vielen Aktivitäten in unserer Gemeinde für die Kinder, half bei den ersten Kommunalwahlen und sorgte für Geselligkeit und Frohsinn.

Mit dem reaktionären geistigen Erbe Schluß zu machen, bedeutete auch, die Namen von Straßen und Plätzen zu verändern, die vielfach noch aus der Zeit des wilhelminischen Deutschlands herrührten und der Glorifizierung des reaktionären Preußentums und der Hohenzollern-Dynastie dienten. Die Aktivisten der ersten Stunde schlugen Namen solcher Persönlichkeiten vor, deren Wirken mit dem humanistischen



Erbe, den geschichtlichen Leistungen der revolutionären Arbeiterbewegung, der Freundschaft mit der Sowjetunion und den Traditionen des antifaschistischen Widerstandskampfes eng verknüpft war. So wurde die Wilhelmstraße in Lessingstraße umbenannt; die Prinz-Eitel-Straße erhielt den Namen des Begründers des wissenschaftlichen Kommunismus, Karl Marx, und die Hauptstraße den Namen Lenins. Die nach dem kaiserlichen Großadmiral Tirpitz genannte Straße erhielt zum Gedenken an den hervorragenden Heerführer und Leiter der ehemaligen sowjetischen Militäradministration in Deutschland den Namen Shukow. Aus der Prinz-Friedrich-Karl-Straße wurde die Ernst-Thälmann-Straße.

## Die Gründung der DDR

Bis 1949 wurden in der sowjetischen Besatzungszone die Aufgaben der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung wie die Schaffung der neuen Staatsorgane, die Bodenreform, die Entmachtung des Monopolkapitals und die demokratische Schulreform verwirklicht. Damit war seit der Befreiung vom Hitlerfaschismus durch die Sowjetarmee die tiefgreifendste revolutionäre Umgestaltung in der deutschen Geschichte eingeleitet worden. Diese Umwälzung war ein Bestandteil des revolutionären Weltprozesses, der nach dem zweiten Weltkrieg zur Herausbildung des sozialistischen Weltsystems geführt hatte. Sie schuf die wesentlichen Voraussetzungen für den Übergang zum Sozialismus.

Wie sah es 1949 in Glienicke aus? Die antifaschistisch-demokratische Staatsmacht hatte sich in Gestalt der neuen Gemeindeverwaltung gefestigt, die demokratische Schulreform war erfolgreich zu Ende geführt worden. Obwohl aufgrund der sozial-ökonomischen Struktur des Ortes eine so schwerwiegende Maßnahme wie die Entmachtung des Monopolkapitals keine unmittelbare örtliche Aufgabe sein konnte, war die Enteignung der Betriebe der Nazi- und Kriegsverbrecher für die Gemeinde nicht ohne Auswirkungen geblieben, denn eine

zunehmende Anzahl von Glienicker Einwohnern war in volkseigenen Großbetrieben wie zum Beispiel im Stahl- und Walzwerk Hennigsdorf und im Schwermaschinenbaubetrieb Bergmann-Borsig in Berlin-Wilhelmsruh beschäftigt. Ein entscheidender sozialer Wandel war eingetreten: Ein Teil der Glienicker Werktätigen war ein für allemal von Ausbeutung und Unternehmerwillkür befreit. Diese Tatsache begann sich positiv auch auf die Entwicklung des Klassenbewußtseins dieser Arbeiter auszuwirken. Der 1949 erreichte politische Reifegrad der Glienicker Bürger drückte sich sichtbar im Ergebnis der Wahlen zum 3. Deutschen Volkskongreß aus. Erfüllt von tiefer Sorge um die Zukunft des deutschen Volkes, bekannte sich die Mehrheit der Glienicker am 15. und 16. Mai 1949 zu den Zielen der Volkskongreßbewegung – zur demokratischen Einheit und einem gerechten Frieden. Unter Bruch des Potsdamer Abkommens jedoch wurde wenige Tage später die imperialistische BRD gegründet und somit durch den Imperialismus die Spaltung Deutschlands vollendet. Im festen Bündnis mit der UdSSR und den anderen sozialistischen Staaten schufen die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten unter Führung der SED am 7. Oktober 1949 die Deutsche Demokratische Republik. Die DDR entstand als ein Staat, dessen Weg und Ziel dem Charakter unserer Epoche entspricht, der Epoche des weltweiten Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, die mit der Oktoberrevolution von 1917 eingeleitet wurde. Mit der DDR war ein friedliebender deutscher Staat gegründet worden, in dem die Beschlüsse des Potsdamer Abkommens völkerrechtlich verbindliche Grundlage für eine demokratische Nachkriegsentwicklung waren und konsequent verwirklicht wurden. Die Gründung der DDR war ein entscheidender historischer Wendepunkt: Erstmals in der deutschen Geschichte war ein Staat geschaffen worden, in dem die Arbeiterklasse im Bündnis mit den Bauern und anderen Werktätigen die Macht ausübte. Mit der Errichtung der Arbeiter-und-Bauern-Macht als einer Form der Diktatur des Proletariats trat der 1945 eingeleitete einheitliche revolutionäre Prozeß in seine

20

sozialistische Etappe. Die Staatsgründung wurde von den fortschrittlichen Kräften Glienickes lebhaft begrüßt. Als Einwohner einer Grenzgemeinde hatten sie jahrelang buchstäblich am eigenen Leibe die Praktiken unmenschlicher imperialistischer Politik zu spüren bekommen. Ihren ureigenen Interessen entsprach die Existenz eines Staates, in dem die revolutionären Errungenschaften gesichert, gefestigt und mit dem Ziel des Aufbaus des Sozialismus weiter ausgestaltet wurden. Die Schaffung einer zentralen Staatsmacht der Arbeiter und Bauern förderte wesentlich die weitere gesellschaftliche Umgestaltung in Glienicke. Unter Führung der revolutionären Partei der Arbeiterklasse entfaltete sich auch in Glienicke die bewährte Bündnispolitik des antifaschistisch-demokratischen Blocks in der sozialistischen Volksbewegung der Nationalen Front auf breiterer Basis. Das Zeitalter des Sozialismus, wofür die klassenbewußten Glienicker Arbeiter seit Jahrzehnten gekämpft hatten, begann mit dem 7. Oktober 1949 auch in unserer Gemeinde lebendige Wirklichkeit zu werden.

## An der Nahtstelle zweier Welten

Glienicke/Nordbahn ist wie andere Orte unseres Kreises und Bezirkes ein Grenzort an der Staatsgrenze zu Westberlin. Der vier Kilometer lange Grenzabschnitt bedeutet für uns Glienicker weit mehr als nur eine territoriale Abgrenzung zu dieser Stadt. Hier grenzen zwei Welten aneinander: die alte kapitalistische, in der die Monopolherren bestimmen, und die neue sozialistische Welt, in der die Werktätigen die Macht ausüben und eine menschliche und wahrhaft friedliche Gesellschaft errichtet haben. Wir leben an der „Nahtstelle der beiden großen Gesellschaftssysteme ... inmitten des Spannungsfeldes Krieg oder Frieden“, so charakterisierte Erich Honecker einmal die Lage unserer Republik.

Wir Bewohner eines Grenzortes haben in dauernder Konfrontation mit dem Imperialismus das Entstehen dieser Lage unmittelbar miterlebt. Wir haben erfahren, daß diese Grenze in das Schicksal vieler Glienicker Familien hineinwirkte und alle zwang, Stellung zu nehmen. Eltern und Großeltern vieler Glienicker Einwohner siedelten seit jeher Zaun an Zaun mit Familien, Verwandten und Freunden, deren Grundstücke zu den angrenzenden Berliner Stadtbezirken gehören. Seit der Gründung der DDR führt unsere Staatsgrenze, die auf die traditionellen Bindungen keine Rücksicht nehmen kann, durch dieses Gebiet. Heute wachsen schon unsere Kinder mit der Frage auf, was diese Grenze bedeutet, was sich hinter der Grenzmauer verbirgt und warum sie gebaut werden mußte. Die Antwort müssen wir ihnen geben: Eltern, Großeltern, Lehrer, alle Bürger. Wir finden sie in der Geschichte der Republik, unserer Hauptstadt und unseres Or-



tes. Erinnern wir uns dazu einiger historischer Tatsachen.

Am 2. Mai 1945 wurde Berlin nach schwerem und opferreichem Kampf durch die Sowjetarmee befreit. Berlin wurde als Hauptstadt Deutschlands Sitz des Alliierten Kontrollrats, der das Potsdamer Abkommen in ganz Deutschland durchsetzen sollte. Berlin, Teil der damaligen sowjetischen Besatzungszone, wurde in vier Sektoren untergliedert und von einer alliierten Militärkommandantur gemeinsam verwaltet.

Nachdem die imperialistischen Besatzungsmächte die Verwirklichung des Potsdamer Abkommens in den Westzonen vereitelt und Kurs auf die Spaltung Deutschlands genommen hatten, bezogen sie in diese Politik auch Westberlin ein und dachten diesem Stadtteil eine besondere Rolle im Kampf gegen den siegreichen Vormarsch des Sozialismus zu. Sie legten den Alliierten Kontrollrat lahm und sprengten im September 1948 die einheitliche Stadtverwaltung von Berlin. Die imperialistischen Besatzungsmächte verblieben mit ihren Militärkräften in Westberlin. Damit entstand auch für Glienicke eine besondere Situation.

### Aktionen des „kalten Krieges“

Entgegen den Beschlüssen von Potsdam übertrugen die aggressiven imperialistischen Kräfte Westberlin die unheilvolle Mission eines Störenfriedes in ihrem „kalten Krieg“ gegen die DDR und die sozialistischen Staaten. Nachdem die BRD aufgerüstet hatte, im Jahre 1955 Mitglied des Nordatlantikkpakt geworden war und die Bundeswehr über die NATO mit Trägermitteln für Atomwaffen versorgt wurde, bauten die Westmächte Westberlin zur Frontstadt aus und machten diesen Stadtteil zum Brückenkopf der NATO und zu einem Spannungsherd ersten Grades. Sie bestimmten diese Stadt dazu, „Pfahl im Fleische der DDR“ zu sein, nannten sie „Frontstadt“ und „billigste Atombombe des Westens“. Westberlin wurde Tummelplatz von über 80 imperialistischen Geheimdiensten und Spionagezentralen. Hetzsender wie der

RIAS (Rundfunk im amerikanischen Sektor) und der Sender Freies Berlin wurden stationiert. Rücksichtslos nutzten die Imperialisten die offene Grenze zwischen der DDR und Westberlin aus. Für die Abwerbung von Fachkräften setzten sie immer größere Mittel ein. Allein zwischen 1959 und 1961 erhielt Westberlin aus dem Haushalt der BRD dafür 3,4 Milliarden Mark. Die Geheimdienste schleusten Agentengruppen über Westberlin in die DDR und die sozialistischen Länder ein, die konterrevolutionäre Aktionen organisierten. An der Zerschlagung derartiger Unternehmungen hatten nicht wenige Glienicker Bürger als Angehörige der bewaffneten Organe, auch als Kämpfer in den Reihen der Kampfgruppen der Berliner und Hennigsdorfer Betriebe, ihren ehrenvollen Anteil. Durch alle diese Störmaßnahmen und den immer schärfere Formen annehmenden Wirtschaftskrieg gegen die DDR hat der Imperialismus unserer Republik, wie neueste Berechnungen der DDR-Wissenschaftler ergaben, einen Gesamtschaden von 200 Milliarden Mark zugefügt. Das ist so viel, wie unsere Republik in zwei Jahrzehnten für die Lösung der Wohnungsfrage ausgeben kann.

Unter den Bürgern, die sich aus ungenügender politischer Einsicht von der Westberliner Propaganda zum Verlassen der Republik verleiten ließen, waren auch Glienicker Einwohner. Mit einer besonders scheußlichen Folge dieser Abwerbungen waren die Pflegerinnen des Glienicker Dauerkinderheimes in der Oranienburger Straße konfrontiert. Verantwortungslasse Eltern überließen kleine Kinder in leeren Wohnungen ihrem Schicksal, weil sie ihnen bei ihrem Gang nach Westberlin hätten hinderlich sein können. Das „Neue Deutschland“ berichtete am 6. August 1961 über solche verstoßenen Kinder aus dem Kreis Oranienburg, die im Glienicker Dauerkinderheim unter der Leitung von Ruth Klingbeil ein neues Zuhause fanden.

Auch eine Seite des seit 1946 gegen uns organisierten Wirtschaftskrieges bekam unser Ort sehr unmittelbar zu spüren.

22

Während in Betrieben und auf Baustellen unseres Kreises Arbeitskräfte fehlten, verdingten sich über 250 Glienicker bei Monopolen in Westberlin oder gingen dort anderen Tätigkeiten nach. Sie verschafften sich durch den auf Störung berechneten Währungsschwindelkurs persönlichen Gewinn. Allein 1960/1961 entstand durch Lohnaustausch der „Grenzgänger“ aus Berlin und Umgebung eine ungerechtfertigte Kaufkraft von 832 Millionen Mark, die uns außerordentlich belastete. Das heißt, diese Leute ernteten in solchem Umfang ohne Gegenleistung Früchte aus unser aller Arbeit. Kein Wunder also, wenn auf Einwohnerversammlungen jener Jahre in der HO-Gaststätte „Treffpunkt“ viele ehrliche, staatsbewußte Menschen ihrem Unmut und ihrer Entrüstung darüber Luft machten und forderten, die von Westberlin aus organisierte Spekulation und Sabotage zu unterbinden.

Als trauriges Kapitel Glienicker Geschichte werden uns die Ereignisse vom Frühjahr 1961 um die Familie M...t aus dem Sandkrug in Erinnerung bleiben. Dieses Geschehnis machte die Frontstadtspresse seinerzeit zum Gegenstand handfester Lügen und schamloser Hetze gegen die DDR. Herr M...t arbeitete erst wenige Wochen in Westberlin, als seine Frau schwer erkrankte. Verblendet von der Westberliner Propaganda, verweigerte das Ehepaar die Aufnahme in das Krankenhaus Hohen Neuendorf. Stattdessen warteten beide am Kontrollpunkt auf einen Krankenwagen des Betriebes von Herrn M...t, der sein Frau nach Jungfernheide brachte. Dadurch verlor die Kranke kostbare Zeit und verstarb, bevor sie operiert werden konnte. Herr M...t begriff später, daß er zum ideologischen Treibholz geworden war. Er hatte dafür teuer bezahlen müssen, indem er seine Frau, die Mutter seiner sechs Kinder, verlor. Westberliner Zeitungen verbreiteten daraufhin die Version, daß Hohen Neuendorf die Aufnahme von Frau M...t verweigert habe, daß sie nur deswegen habe sterben müssen, weil ihr Mann Grenzgänger gewesen sei. Herr M...t versuchte noch bei den Westber-

liner Zeitungsredaktionen Gehör zu finden, um die Falschmeldungen richtigzustellen, mußte jedoch hinnehmen, daß sie ihn abwiesen. Im Fernsehen der DDR legte Herr M...t im Juli 1961 die Hintergründe des tragischen Geschehens offen dar.

Die unheilvolle Rolle, die Westberlin in den Aggressionsplänen des Imperialismus spielte, bedrohte den Frieden in ganz Europa. Von den zahlreichen Initiativen zur Normalisierung der Lage in und um Westberlin sei vor allem der Vorschlag der Regierung der UdSSR aus dem Jahre 1958 genannt, Westberlin zu einer entmilitarisierten freien Stadt zu machen. Das hätte auch den Interessen aller Glienicker Bürger entsprochen. Doch die Westmächte lehnten alle derartigen Vorschläge ab. Stattdessen spitzten sie im Zusammenspiel mit der Bundesregierung die Lage um Berlin bis 1961 unaufhörlich zu. Hier einige Tatsachen: Man organisierte Brandstiftungen wie im VEB Großberliner Vieh- und Schlachthöfe oder in der Humboldt-Universität. Auch in Glienicke gab es Brände in Grenznähe, so im Januar 1960 in der Schubertstraße. Am 14. April 1960 wurde das nahe der Grenze gelegene und kurz vorher renovierte Olympia-Kino durch Brandstiftung vernichtet. Gegen die Grenzposten gab es ständige Provokationen. An der Berliner Grenze ermordeten bezahlte Provokateure mehrfach Grenzsoldaten. Auf zahlreichen Revanchistentreffen in Westberlin wurde die Hetze gegen die DDR zur Hysterie gesteigert. Immer häufiger kam es zu NATO-Stabs- und Truppenübungen an der Grenze zur DDR. Offen wurde über Varianten eines begrenzten Krieges gegen die DDR gesprochen und geschrieben, hofften doch der Kriegshetzer Strauß und seine Gefolgsleute, unsere Republik „am Tage X“ in einer „innerdeutschen Polizeiaktion“ erobern zu können. Diese im „Grauen Plan“ entwickelte Aktion, die die Imperialisten für den Spätsommer 1961 vorsahen, hatte nach der Eroberung der DDR die Aufteilung der volkseigenen Betriebe und Banken unter die Monopole der BRD, die Auflösung der landwirtschaftlichen

23



Produktionsgenossenschaften und die Rückgabe des Landes an die ehemaligen Junker und Großgrundbesitzer zum Ziel. Kurz, sie wollen uns aller revolutionären Errungenschaften berauben, die sich das Volk der DDR erkämpft und erarbeitet hatte.

## Der Frieden wurde gesichert

Im Sommer 1961 verpernte unsere Regierung in Absprache mit den Regierungen der Staaten des Warschauer Vertrages dem Imperialismus endgültig den Weg, die offene Grenze zu Westberlin zum Eindringen in die DDR auszunutzen. In der Nacht vom 12. zum 13. August 1961 nahmen Einheiten und Verbände der NVA gemeinsam mit den Kampfgruppen der Arbeiterklasse, der Grenzpolizei und der Volkspolizei, unterstützt von den in unserem Land stationierten Truppen der Sowjetarmee, die bisher offene Staatsgrenze zu Westberlin unter Kontrolle und verstärkten auch den Schutz der Grenze zur BRD. Aus dem geplanten „siegreichen Einmarsch durchs Brandenburger Tor unter klingendem Spiel“ und der „Siegeparade“ in der Straße Unter den Linden sowie der beabsichtigten Eingliederung der DDR in den Herrschaftsbereich der Monopole wurde nichts. Damit war auch die „roll back“-Politik des John Forster Dulles gegenüber dem Sozialismus gescheitert. Die Regierung der DDR wurde mit diesen Maßnahmen der besonderen Verantwortung gerecht, die unsere Republik an der Nahtstelle der beiden Gesellschaftssysteme für die Erhaltung des Friedens gegenüber den sozialistischen Bruderländern und allen friedliebenden Menschen trägt. Der deutsche Imperialismus erlitt damit die schwerste Niederlage seit der Gründung der DDR. Für unsere Republik bedeutete es, die staatliche Souveränität zu bewahren und das grundlegende Recht aller Bürger unserer Republik auf ein Leben in Frieden zu sichern. Bald war an der Entwicklung unserer Gemeinde abzulesen, daß diese Grenzsicherung uns allen nutzte. Dies wurde von manchem Glienicker aufgrund seiner

zeitweiligen persönlichen Vorteile vor dem 13. August 1961 nicht gleich verstanden. Die nun für viele Bürger folgende lange Trennung von Verwandten und Freunden war ein notwendiges Opfer, das sie für den Frieden brachten, und nicht, wie ihnen die westliche Propaganda einredete, eine „Willkürmaßnahme der SED“. Unser Staat hat stets bewiesen, wie sehr ihm die Normalisierung der Lage um Westberlin am Herzen liegt, hat Vorschläge unterbreitet und realistische Initiativen unterstützt. Dennoch mußten erst weitere zehn Jahre vergehen, bevor die Westmächte zu einem Vierseitigen Abkommen über Westberlin bereit waren. Dieses 1971 geschlossene Abkommen, das ein Ergebnis der außenpolitischen Offensive der sozialistischen Bruderländer auf der Grundlage des Friedensprogrammes der KPdSU ist, trug zur Entspannung der Lage im Herzen Europas bei. Es ermöglichte wieder die Besuche der Westberliner Verwandten und Freunde in Glienicke.

In unserem Ort verlief die Sicherung der Staatsgrenze am 13. August 1961 mit der gleichen Präzision wie an allen anderen Grenzabschnitten. Die Glienicker Grenzkompagnie vollbrachte große Leistungen, demonstrierte hohe Einsatzbereitschaft und Kampfeswillen. Die Genossen zeigten durch ihre Haltung bei der Errichtung des antifaschistischen Schutzwall, daß die Waffenübergabe durch Arbeiterveteranen wie Maria Kuhn-Wiedmaier und Otto Henrichsen ihr Bewußtsein mit geformt hat. In den ersten zwei Tagen standen die Einheiten um Berlin 41 Stunden mit nur vier Stunden Ruhe im Einsatz, manche auch 36 Stunden ununterbrochen ohne Ablösung. Oberleutnant Hans Weinkauff, der ausgezeichneten Kontakt zur Glienicker Bevölkerung hatte, berichtet über diesen Tag: „Die notwendig gewordene militärische Aktion zur Sicherung der Staatsgrenze lief bei uns wie ein Uhrwerk ab. Viel später erst wurde mir bewußt, wie wertvoll eine gedeckte Truppenführung ist. Die Vorbereitung auf die Besetzung der Grenzlinie und das Schließen des Kontrollpunktes kam für Offiziere

24

und Mannschaften völlig überraschend. Am Abend des 12. August gegen 18.00 Uhr begann die Alarmierung, indem wir die Ausgänger, Urlauber und dienstfreien Genossen zurückholten. Auch hier ahnte noch niemand, wozu eine Alarmbereitschaft von dieser Qualität erforderlich war. Der Kommandant der Grenzbereitschaft wies das Offizierskorps in die bevorstehende Aktion ein. Danach vergingen nur noch wenige Stunden, und die Grenze wurde hermetisch abgeriegelt. Der Kontrollpassierpunkt wurde gegen ein Uhr nachts geschlossen. Die Überraschung auf der anderen Seite war perfekt. Danach kamen wir tagelang nicht aus den Uniformen. Das waren Tage harter Bewährung. Jetzt erwies sich, zu welcher guten politischen Haltung wir unsere Genossen erzogen hatten. Auf alle vier Verlaß, auch auf jene, deren Disziplin uns mitunter Sorgen bereitet hatte. Jeder stand seinen Mann.“

Viele Glienicker Werktätige waren als Kämpfer der Kampfgruppen ihrer Betriebe im Einsatz, andere übernahmen ihre Arbeit mit. Die Arbeiter im Stahl- und Walzwerk Hennigsdorf brachten ihre Verbundenheit mit den Maßnahmen der Regierung zum Ausdruck, indem sie die Planaufgaben ihrer im Einsatz stehenden Kollegen zusätzlich mit erfüllten. An der Errichtung der Grenzanlagen und der Verteidigung der Grenze waren viele Glienicker Bürger beteiligt, denn sie hatten ihre Verantwortung erkannt, die sie mit dafür tragen, daß unsere Republik gegen alle Versuche, unseren friedlichen Aufbau von Westberlin aus zu stören und einen Krieg auszulösen, sicher geschützt wird.

Wir wußten es und erfuhren es immer wieder: Westberlin konnte die ihm zugeordnete Störfunktion nun nicht mehr auf die alte Weise wahrnehmen. Das bedeutete jedoch nicht das Ende der Grenzprovokationen und der unaufhörlichen Einmischungsversuche in unsere inneren Angelegenheiten. Die Imperialisten nahmen ihre Niederlage nicht tatenlos hin. In den folgenden Jahren waren viele Maßnahmen notwendig, um die Grenzsicherungsanlagen auszubauen. Wer erinnert sich nicht der zahlreichen starken Lautsprecheranlagen, mit deren Hilfe

tagaus, tagein Parolen herübergebrüllt wurden, oder der bezahlten Glatzköpfe, die unsere an den Grenzanlagen tätigen Soldaten und Bürger beleidigten, sie mit Steinen bewarfen, Grenzsicherungsanlagen zerstörten und Grenzdurchbrüche vorbereiteten. Die Sicherung der Grenze war also mit dem 13. August 1961 in eine neue Etappe eingetreten.

## Die Glienicker und ihre Grenzsoldaten

Das enge Vertrauensverhältnis zwischen den Grenztruppen und der Glienicker Bevölkerung, das sich über Jahre in der Arbeit der Grenzhelfergruppe unter Leitung von Peter Baasner sowie in der Zusammenarbeit mit der FDJ-Gruppe des Ortes und mit dem Klub der Werktätigen, mit der Schule und der Nationalen Front widerspiegelte, wurde nun noch fester und entwickelte sich auf viel breiterer Grundlage. Große Teile der Bevölkerung Glienickes verstärkten ihre herzliche Verbindung zu den Grenzsoldaten. So entstanden entlang der Grenzlinie durch das aktive Wirken der Mitglieder der SED Straßengemeinschaften der Nationalen Front. Sie halfen, die notwendigen Maßnahmen zu erläutern, die Grenze zu beobachten und Provokateure zu entlarven. Doch sie feierten auch gemeinsam mit den Grenzern fröhliche Feste, übergaben den Soldaten an Feiertagen Geschenke und diskutierten über aktuelle politische Fragen. Eine solche politisch-moralische Atmosphäre half, manche schwierige Situation leichter zu meistern, ließ den einzelnen Bürger notwendige „Opfer“ besser verstehen und verschmerzen, so wenn ein Haus abgerissen, ein Stück Garten oder Bäume abgegeben werden mußten. Auch die Umsiedlung ehemaliger „Grenzgänger“, die besonders engen Kontakt mit Westberlin pflegten, war eine notwendige Maßnahme. Mehrere Kommissionen waren damit beschäftigt, den ehemaligen „Grenzgängern“ neue Arbeitsstellen zuzuweisen und sie wieder in den Arbeitsprozeß einzugliedern. Grenzhelfer unterstützten besonders abends und an Wochenenden die Grenzkompagnie durch ihren Streifendienst. Wie in allen Grenzorten ent-



stand 1963 unter Leitung von Helmut Nacke ein Grenzsicherheitsaktiv, das seit Jahren von einem der ersten Grenzsoldaten, Kurt Donner, geleitet wird. In diesem Aktiv beraten bis heute Glienicker Bürger gemeinsam mit Vertretern des Grenzregiments und der Volkspolizei über die Lage an der Grenze und über Maßnahmen zur Erläuterung und Einhaltung der Grenzordnung. Nur wenn die Personenbewegung im unmittelbaren Grenzgebiet auf ein Mindestmaß reduziert ist, können unübersichtliche Situationen vermieden werden, die der Gegner zu gern für Provokationen ausnutzen möchte. Die Bewohner des Grenzgebietes bezeugen durch ihr Verständnis für die notwendige Beschränkung des Besucherverkehrs seit vielen Jahren ein besonders hohes Maß an politischer Einsicht. In den sechziger Jahren entwickelten die Straßengemeinschaften in der Karl-Marx-Straße, der Jungbornstraße, der Niederstraße, im Sandkrug, in der Oranienburger Straße und in der Staerkstraße viele Formen der Zusammenarbeit mit den Grenztruppen. Auf der Grundlage ihrer guten Erfahrungen schlossen 1964 die Wohnparteiorganisation der SED Glienicke-West, der Ausschuß der Nationalen Front und die Grenzkompanie anlässlich des 15. Jahrestages der DDR einen Freundschaftsvertrag. Es ging um eine gute politische Atmosphäre im Grenzgebiet, um gemeinsame politisch-ideologische Arbeit, um die Entlarvung der Absichten des Gegners, um ein tieferes Verständnis für die Grenzsicherungsmaßnahmen, um Wachsamkeit der Grenzbewohner sowie um enge Kontakte mit den Soldaten und um Unterstützung ihrer Politischulung. Das war eine klare Antwort auf die vielfältigen Provokationen gegenüber unseren jungen Grenzsoldaten von Westberlin aus. Gemeinsame NAW-Einsätze in der Karl-Marx-Straße, in der Staerkstraße und in der Hattwichstraße zur Befestigung der Straßen und Gehwege sowie beim Anlegen von Kabelgräben für die Straßenbeleuchtung konnten zu diesem Zeitpunkt schon abgerechnet werden. Die Karl-Marx-Straße erhielt den Ehrentitel „Vorbildliche Grenzstraße“. Viele kulturelle und sportliche Veranstaltungen wurden mit eigenen Kräften organisiert.

26

Die Kapelle der Grenzsoldaten war überall gefragt, ob bei Straßen- und Kinderfesten, ob im Altersheim oder beim Jugendtanz. Einwohner nahmen an Klubabenden „ihres“ Zuges teil. Selbstverständlich waren sie auch dabei, als die Glienicker Kompanie am 7. Oktober 1964 als „Beste Kompanie“ im Kommandanturbereich Berlin ausgezeichnet wurde und als am 27. Februar 1965 auf unserem Sportplatz der Stellvertreter des Stadtkommandanten von Berlin unserem Grenzregiment die Truppenfahne überreichte. Dieser Sportplatz ist bis heute der Treffpunkt für sportliche Vergleiche zwischen Bevölkerung und Grenztruppen, z. B. jährlich zum 1. Mai mit Kampfsport, Volley- und Fußball, Judovorführungen und KK-Schießen. Die Feldküche ist stets Anziehungspunkt.

Besonders eng gestaltete sich die Zusammenarbeit mit der Jugend. 1965 entstand ein Jugendklub besonderer Art, der fast ein Jahrzehnt lang aktiv arbeitete. In der HO-Gaststätte „Waldklause“ fanden sich Soldaten und Jugendliche des Ortes zur gemeinsamen politischen, kulturellen und sportlichen Betätigung zusammen. Die örtliche Jugend und die Grenzkompanie stellten mit Birgit Börner und Unterfeldwebel Dieter Prag die beiden Vorsitzenden. Sie gaben dem Jugend- und Soldatenklub den verpflichtenden Namen des von Westberliner Agenten ermordeten Soldaten und Lehrers Egon Schultz. Über Jahre hinweg entwickelten sie vielfältige Formen der Zusammenarbeit, wie z. B. den Erwerb des Abzeichens für gutes Wissen, die Verabschiedung der Wehrpflichtigen, interessante Veranstaltungen mit Wissenstoto, Erfahrungsaustausch mit polnischen Jugendlichen aus Opole, Foren mit Sportlern wie Jürgen Nöldner und „Wibbel“ Wirth vom Armeesportklub mit Teilnehmern an der Novemberrevolution 1918 und mit Erstwählern.

Welcher Glienicker Bürger, der in den letzten drei Jahrzehnten in unsere Schule gegangen ist, erinnert sich nicht an Begegnungen mit den Genossen des Grenzkommandos oder des Wachregiments, wenn zum Tag der NVA gratuliert wurde, wo man sich das Leben der Soldaten genauer besah. Wer hat nicht

liebevoll gemalte Bilder und kleine Bastelarbeiten als Weihnachtsgruß in Erinnerung? Auch sind die Soldaten mit ihrer Patenklasse unterwegs auf Fahrten, Wanderungen und unterstützen die Hans-Beimler-Wettkämpfe. Alles das gehört zur guten Atmosphäre in einem Grenzzort.

Für die Glienicker Öffentlichkeit kaum sichtbar, wirkt auch heute eine Grenzhelfergruppe. Ein Genosse, der nun schon fast zwei Jahrzehnte zu ihr gehört, ist unser langjähriger Kreistagsabgeordneter Werner Kiontke. Ihn fragten wir anlässlich der Delegiertenkonferenz der Ortsorganisation der SED im Dezember 1978 nach der Tätigkeit dieser Gruppe: „Unser Ziel ist“, so sagte er, „fest an der Seite der Grenzsoldaten und Offiziere, deren schwerem Dienst wir Hochachtung entgegenbringen, unseren Beitrag zu leisten. Wir wollen helfen, daß die Grenzordnung verstanden und eingehalten wird, daß Grenzverletzer zur Verantwortung gezogen werden. Als Grenzhelfer bewährt haben sich über viele Jahre solche Genossen wie Fritz Ehrlich und Rolf Tänzler. Langjährige Erfahrung lehrt uns: Jede Unregelmäßigkeit im Rücken der Grenzer kann verhängnisvolle Folgen für unser aller Sicherheit und Ordnung haben. Wir leben nun einmal Auge in Auge mit einem Gegner, der zu Provokationen bereit ist und auch immer wieder Helfershelfer für seine Störmanöver an der Grenze findet. Das zu unterbinden, ist Dienst am Frieden und liegt so im Interesse jedes einzelnen Glienicker Bürgers.“

## Sozialökonomische Struktur

Die sozialökonomische Struktur unserer Gemeinde gibt Auskunft, welchen Alters- und Berufsgruppen unsere Bürger angehören, wo sie arbeiten, über welche wirtschaftliche Basis unsere Gemeinde zur Lösung ihrer kommunalpolitischen Aufgaben verfügt und welche Beziehungen zu anderen Gemeinden des Kreises und zur Hauptstadt bestehen.

Unser Wohnort gehörte bis zur Verwaltungsreform im Jahre 1952 zum ehemaligen Kreis Niederbarnim im Land Brandenburg und ist heute der sechstgrößte Ort von 45 Städten und Gemeinden des Kreises Oranienburg im Bezirk Potsdam. Der in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts entstandene Typ einer Wohnsiedlung am Rande der Großstadt, etwas abgelegen von den großen Industriebetrieben, ist erhalten geblieben. Charakteristisch für unseren Ort ist, daß sich von 1800 Wohnungen etwa 50 Prozent in Ein- und 25 Prozent in Zweifamilienhäusern inmitten von Garten- und Waldgrundstücken und nur etwa 25 Prozent in Mehrfamilienhäusern befinden. Wegen der idyllischen Lage, abseits vom Lärm der Großstadt, werden weitere 600 Garten- und Waldgrundstücke von Berliner Familien und 150 von Bürgern aus Glienicke und anderen Orten für die Erholung vorwiegend an Wochenenden und im Urlaub genutzt — ein Zeichen der gewachsenen Freizeit und des Wohlstandes unserer Gesellschaft sowie Ausdruck des Bedürfnisses nach aktiver Erholung.

Heute hat Glienicke fast 5000 Einwohner, davon mehr als die Hälfte Frauen und Mädchen. Je ein Fünftel der Glienicker sind Vorschul- und Schulkinder bzw. Rentner. Fast zwei Drit-



tel befinden sich im arbeitsfähigen Alter. Von den ca. 1900 Haushalten unseres Ortes sind fast 30 Prozent Einpersonnen- und ca. 70 Prozent Mehrpersonnenhaushalte. Ein großer Teil der Bevölkerung sind Jugendliche mit ihren Wünschen nach geistiger und körperlicher Entwicklung und interessanter Freizeitgestaltung. Im gewachsenen Bildungsstand der Glienicker Einwohner spiegelt sich auch die erfolgreiche Entwicklung unseres sozialistischen Landes wider. Von 1971 bis 1977 stieg die Anzahl der Absolventen der zehnten und zwölften Klassen auf das Doppelte. Den Stand der beruflichen Entwicklung können wir am rasch wachsenden Anteil der Einwohner mit solider beruflicher Qualifikation messen. Die Mehrheit der Glienicker Bürger verfügt über eine abgeschlossene Berufsausbildung. Jeder sechste Bürger kann auf eine Qualifikation als Meister oder auf einen Fach- oder Hochschulabschluß verweisen. In unserem Ort wurde, wie wir daraus sehen, in den letzten Jahrzehnten zielstrebig gelernt, wobei die Einwohner unseres Ortes die vielfältigen Möglichkeiten zur ständigen Weiterbildung im Beruf und in gesellschaftlicher Tätigkeit nutzen, die ihnen in den Betrieben, im Ort, in der Kreisstadt und in Berlin geboten sind. Unser sozialistisches Bildungssystem bietet die Gewähr, daß sich diese Zahlen auch in Glienicke in den nächsten Jahrzehnten stark verändern werden.

Etwa die Hälfte der Einwohner ist berufstätig und davon wiederum fast die Hälfte Frauen. Zwei Drittel der Werktätigen verlassen täglich unseren Ort auf dem Wege zu ihren Arbeitsstellen im Kreis Oranienburg und in der Hauptstadt. Da wäre zunächst eine größere Gruppe von Werktätigen zu nennen, die mit dem Schichtbus in solch bekannte Betriebe wie den VEB Stahl- und Walzwerk „Wilhelm Florin“ im Qualitäts- und Edelmetallkombinat und den VEB Lokomotivbau-Elektrotechnische Werke „Hans Beimler“ in Hennigsdorf fahren. Ersterer deckt nahezu den gesamten Bedarf an Baustahl aller Plattenwerke der Republik, und der andere ist Alleinhersteller für Lokomotiven in unserem Land. Mancher Werktätige dieser beiden Betriebe, der früher in Glienicke wohnte, ist in das moderne Neu-

baugebiet in Hennigsdorf umgezogen. Die 35 Beschäftigten des VEB Eltroma — bis 1972 der maßgebende volkseigene Betrieb in Glienicke — sind zum größten Teil ihrem Betrieb nach dessen Verlagerung treu geblieben und fahren nun täglich mit dem Bus in den Betriebsteil Birkenwerder des VEB Metallwerk Oranienburg. Auch in den leitenden Organen des Kreises Oranienburg sind Bürger unseres Ortes tätig, nehmen dort verantwortungsvolle Aufgaben wahr und vertreten zugleich unsere Interessen im Heimatkreis. Besonders groß ist die Anzahl der Werktätigen, die täglich in die Hauptstadt unserer Republik fahren, wo sie gleich den etwa 75 im „VEB Bergmann-Borsig“ beschäftigten Glienickern in vielen anderen Betrieben, Einrichtungen des Handels, des Gesundheitswesens, der Volksbildung und der Kultur, der Wissenschaft und anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens arbeiten. Eine nicht unbeträchtliche Anzahl Glienicker übt verantwortungsvolle Tätigkeiten in zentralen Organen unseres Staates aus. Schließlich fällt im Berufsverkehr die Vielzahl der Genossen in Uniform auf, die als Angehörige der bewaffneten Organe Dienst zum Schutz der Republik und des Friedens leisten. Viele dieser Bürger haben in der dreißigjährigen Geschichte unserer Republik für ihre besonderen Verdienste staatliche Anerkennungen erhalten. Den Namen mancher Glienickers konnten wir auch in der Zeitung unter der Überschrift „Tüchtige Berliner im Dienst für uns alle“ entdecken. Mit besonderem Stolz gedenken wir so hervorragender Persönlichkeiten wie des weltbekannten Intendanten der Komischen Oper, Professor Walter Felsenstein, der sich 1967 in Glienicke angesiedelt hatte, und des bewährten Widerstandskämpfers und Staatsfunktionärs Harry Kuhn, die für ihre Verdienste mit dem Karl-Marx-Orden ausgezeichnet wurden.

Etwa ein Drittel aller berufstätigen Einwohner arbeiten hier im Ort und sorgen vor allem dafür, daß unsere Lebensbedingungen ständig besser werden. In den beiden volkseigenen Betrieben VEB Bauelemente und VEB Dachdeckung, die 1972 im Rahmen der weiteren sozialistischen Umgestaltung aus den

28

Betrieben mit staatlicher Beteiligung Paul Meier und Werner Altendorf entstanden, arbeiten ca. 60 Werktätige. Die 1955 gegründete Firma Paul Meier brachte im Jahre 1962 eine Produktion von 200 000 Mark, während der heutige VEB Bauelemente, der weiterhin unter der bewährten Leitung von Paul Meier arbeitet, im Jahre 1978 einen Produktionsumfang von zwei Millionen Mark erreichte. Das Produktionssortiment umfaßt Betonbauelemente in verschiedenster Ausführung vor allem für den Tiefbau und Gipsplatten für den Wohnungsbau. Die Dachdeckerfirma Altendorf erfüllt heute als VEB Dachdeckung umfangreiche Aufgaben bei der Werterhaltung und bei Neubauten sowohl in unserem Ort als auch im Kreisgebiet. Bei der sozialistischen Umgestaltung dieser Betriebe im Jahre 1972 leisteten die Bezirks- und die Kreisleitung der SED sowie die Führungsgremien der LDPD umfassende politisch-ideologische und organisatorische Arbeit. Der VEB Perfekt Berlin richtete in unserem Ort eine Außenstelle unter Leitung von Helmut Burkhard ein, die 80 Näherinnen in Heimarbeit die Gelegenheit gibt, trotz familiärer Belastungen beruflich tätig zu sein und zu einem Arbeitskollektiv zu gehören. Seit 1978 baut dieser Betrieb in der Hattwichstraße eine Produktionsstätte, in der dann ein Teil der Frauen gemeinsam tätig sein wird. Ebenfalls in Glienicke beheimatet ist der VEB Telefon- und Signalbau mit 20 Beschäftigten. Von den Produktionsbetrieben hat die PGH Bauhof den höchsten Anteil an der Lösung kommunaler Aufgaben in Glienicke. Am 11. Juli 1958 von 13 Mitgliedern gegründet, stieg die Anzahl der Beschäftigten bis zum Jahre 1979 auf 80. Die wachsende Bedeutung dieser von Harry de la Barré geleiteten Genossenschaft für unsere Gemeinde wie für unseren Kreis läßt sich an den ständig gestiegenen Produktionsziffern ablesen. Brachte der Betrieb 1959 eine Bauproduktion von rund 300 000 Mark, so waren es 1969 bereits 1,5 Millionen Mark, und 1979 werden rund drei Millionen Mark erreicht. In jedem Jahr hilft dieser Betrieb, dringende Probleme im Bauwesen unserer Gemeinde auch über den Plan hinaus zu lösen. Aus der ehemaligen pri-

vaten Zylinderschleiferei Arthur Gellner, in der 1962 elf Personen arbeiteten, entstand die leistungsfähige PGH Zylinder- und Kurbelwellenschleiferei mit heute 22 Beschäftigten unter der Leitung von Horst Feldbinder. Aber es gibt noch eine ganze Reihe weiterer kleinerer Betriebe, in denen unsere Bürger tätig sind und beitragen, daß für unser aller Wohl gesorgt ist. Dazu gehören 10 Handwerksbetriebe und 12 Dienstleistungsbetriebe mit insgesamt ca. 60 Beschäftigten, darunter vier Gärtnereien. Einige dieser Betriebe erhielten erst in den letzten fünf Jahren ihre Gewerbe genehmigung. In den 15 volkseigenen, genossenschaftlichen und privaten Verkaufseinrichtungen des Handels und den vier Gaststätten sind fast 100 Bürger tätig. Schließlich sind wir Nutznießer der unermüdbaren Arbeit von etwa 180 Werktätigen in solchen unentbehrlichen Einrichtungen wie der Poliklinik und der Apotheke, der Sparkasse und der Post, der Erziehungsstätten von der Kinderkrippe bis zur Schule sowie des Alters- und Pflegeheimes. Daß diese Werktätigen all ihre Kraft einsetzen, das Leben unserer Bürger so angenehm wie möglich zu gestalten, findet seinen Ausdruck in der Erringung und erfolgreichen Verteidigung des Staatstitels „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“ durch eine Reihe von Belegschaften. Zu den Ausgezeichneten gehören das Kollektiv des TEB Telefon- und Signalbau, des VEB Perfekt, der Apotheke, der Post, der Kinderkrippe, der HO-Gaststätten des Kulturhauses und der „Waldklause“, der Karl-Neuhof-Oberschule, des Friseurhandwerks, der Konsumkaufhalle, der Verkaufsstelle für Schuh- und Lederwaren und der Verkaufsstellen in der Karl-Liebkecht-Straße und der Clara-Zetkin-Straße.



# Sozialistische Demokratie – Errungenschaft und Aufgabe

Wir wollen nun der Frage nachgehen, welche politischen Kräfte die Entwicklung unserer Gemeinde vorausschauend planen, wer die Beschlüsse von Partei und Regierung sowie der zentralen Leitungen der Massenorganisationen, der Bezirks- und Kreisorgane entsprechend unseren örtlichen Bedingungen und Möglichkeiten mit Leben erfüllt und wer täglich und stündlich die vielfältigen Bedürfnisse und Interessen unserer Bürger vertritt und durchsetzt. Jeder denkt hierbei sofort an die Parteien und Massenorganisationen, an die Volksvertretung und den Rat der Gemeinde, die Ausschüsse der Nationalen Front sowie an die verschiedenen gesellschaftlichen Gremien. In unserem sozialistischen Staat hat jeder Bürger das Recht, die gesellschaftliche Entwicklung mitzubestimmen, und es ist in den 30 Jahren seit der Gründung der Republik immer mehr Glienickern zum Bedürfnis geworden, auch in den kommunalen Fragen mitzuentcheiden und an deren Lösung mitzuwirken. Diese sachkundige Mitarbeit und Mitentscheidung aller Bürger ist ein Wesenszug der sozialistischen Demokratie.

## Die Partei der Arbeiterklasse geht voran

Die Glienicker Parteiorganisation der SED steht wie bereits bei der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung bis 1949 als mobilisierende und führende politische Kraft im Ort auch an der Spitze des Kampfes für die sozialistische Entwicklung unserer Gemeinde. Die Ortsparteiorganisation konnte diese führende Rolle nur verwirklichen, weil nicht nur die gewähl-

ten Leitungen, sondern auch immer mehr ihrer Mitglieder ihre ganze Kraft für die Verwirklichung der Beschlüsse der Partei im Wohngebiet, vor allem im kommunalpolitischen Bereich, einsetzten. Indem die Genossen beispielgebend vorangingen, vermochten sie auch, immer mehr Bürger zur Mitarbeit zu gewinnen und mitzureifen. Ganz gleich, wie groß eine Aufgabe ist, die ein Genosse übernimmt, die Partei erwartet von ihm, daß er sie mit Verantwortungsbewußtsein und kämpferischem Geist erfüllt und beiträgt, das Ansehen der Partei zu stärken. Zu Recht stellen die Bürger unseres Ortes hohe Anforderungen an die Mitglieder der SED und finden auch kritische Worte, wenn ein Genosse seinen Verpflichtungen nicht immer voll nachkommt. Für unsere Partei ist die Kritik und Selbstkritik ein Entwicklungsgesetz des innerparteilichen Lebens, doch fordern wir auch stets die konstruktive Kritik aller Bürger heraus, so wie wir durch unser eigenes kritisches Verhalten zur Gemeindepolitik die Entwicklung vorantreiben. Auch die Glienicker Parteiorganisation löst ihre Aufgaben immer dann am besten, wenn sie eng mit den Menschen verbunden ist, ihre Meinungen und Forderungen genau kennt, ihre Sorgen und Nöte versteht und gemeinsam mit allen zur Mitarbeit bereiten Bürgern die Lösung der politischen und kommunalen Aufgaben in Angriff nimmt.

Wer gehört zur Ortsparteiorganisation und welche Aufgaben sind ihr gestellt? Seit dem IV. Parteitag der SED im Jahre 1954 bestehen in Glienicke drei Wohnparteiorganisationen (WPO) als selbständige Grundorganisationen. In ihnen sind die Genossen zusammengeschlossen, die nicht mehr berufstätig sind sowie Mitglieder, in deren Betrieben und Einrichtungen keine Parteiorganisationen bestehen. An ihrer Spitze stehen erfahrene Mitglieder als Sekretäre, so die antifaschistische Widerstandskämpferin Emmy Schmidt in der WPO Glienicke-West, die antifaschistische Widerstandskämpferin Emilie Heller in der WPO Mitte sowie der Genosse Herbert Stolz in der WPO Ost.

30

Die berufstätigen Kommunisten sind in den Parteiorganisationen ihrer Betriebe und Einrichtungen organisiert. Alle haben sie die Aufgabe, durch gesellschaftliche Tätigkeit im Wohnort zur sozialistischen Entwicklung unserer Gemeinde beizutragen. Viele von ihnen wurden als Volksvertreter gewählt oder üben andere ehrenamtliche Funktionen in Glienicke aus. Aus dem Kreis der gesellschaftlich aktivsten Genossen der Betriebsparteiorganisationen und der Wohnparteiorganisationen wird auf einer Ortsdelegiertenkonferenz die Ortsparteileitung der SED gewählt.

„Die Ortsleitung leitet“, wie es im Statut der Partei heißt, „die Arbeit der Parteigruppen in den gewählten örtlichen Organen der Staatsmacht . . . und erörtert die gemeinsamen Aufgaben bei der Entfaltung der politischen Massenarbeit, der Lösung der kommunalpolitischen Probleme, nimmt Einfluß auf die Nutzung aller Möglichkeiten der Betriebe, . . . Einrichtungen usw. und des Territoriums für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen, organisiert die Zusammenarbeit mit den Ortsgruppenvorständen der befreundeten Parteien und das gemeinsame Handeln aller fortschrittlichen Kräfte in der Nationalen Front“. Das bedeutet für die Mitglieder der Ortsparteileitung, die Probleme unserer Gemeinde und die Menschen genau zu kennen, ihr Denken und Handeln zu analysieren, die Politik der Partei geduldig und überzeugend zu erläutern und Mängeln ohne Zögern nachzugehen. Sie leitet die politische Massenarbeit. Entsprechend einer solchen Aufgabenstellung gehören der Ortsparteileitung seit jeher der Bürgermeister und der Vorsitzende des Ortsausschusses der Nationalen Front sowie in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens aktiv tätige Genossen an. Die Ortsparteileitung wählte zu ihren Sekretären stets bewährte Kämpfer gegen Imperialismus, Krieg und Faschismus und solche Kommunisten, die an ihrer Seite und in der Freien Deutschen Jugend ihre politischen Erfahrungen gesammelt hatten. Seit Gründung der DDR waren es Frieda Wiluschat, Maria Kuhn-

Wiedmaier, Manfred Michelis, Gottfried Molwitz, Ursula Hugler, Fritz Breiter und Dr. Horst Mattern. Seit 1978 ist Werner Kiontke OrtsparteiSekretär.

Unvergessen bleibt für uns das langjährige Wirken der Kommunistin Maria Kuhn-Wiedmaier, die von früher Jugend an ihr Leben dem Kampf für das Wohl des werktätigen Volkes widmete. Am 19. Oktober 1896 geboren, bewährte sie sich schon in jungen Jahren als Gewerkschafts- und Jugendfunktionärin und wurde mit 23 Jahren Mitglied der KPD. Ab 1924 übertrug ihr die Partei verantwortungsvolle leitende Funktionen. Aufopferungsvoll und mit heißem Herzen kämpfte sie sechs Jahrzehnte lang für die Verwirklichung der Rechte der Frauen. Wegen ihres mutigen Kampfes gegen den Faschismus sperrten sie die Hitlerscheren ins Zuchthaus und brachten sie ins Konzentrationslager Ravensbrück. Dort kämpfte sie im Kreise von Kampf- und Leidensgefährtinnen aus vielen Ländern, an der Seite von Olga Benario-Prestes und Rosa Thälmann, der Sache der Arbeiterklasse treu ergeben, weiter und erwies sich auch hier als tatkräftige Internationalistin. Nach dem Sieg über den Faschismus ging sie als Aktivist der ersten Stunde beim Aufbau der neuen Gesellschaft voran. Es war wohl ihr glücklichster Augenblick, als sie auf dem Vereinigungsparteitag der SED im April 1946 den symbolischen Händedruck von Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl miterleben konnte. An der Spitze unserer Ortsparteiorganisation und unserer Ortsgruppe des DFD, als Abgeordnete sowie in verantwortlichen Funktionen im Kreismaßstab war sie allen jüngeren Kommunisten eine zuverlässige und vertrauensvolle Kameradin und Beraterin, die zu begeistern und mitzureißen verstand. Am 20. Dezember 1977 riß der Tod die 81jährige Genossin mitten aus der Arbeit. Mit ihrer Liebe zu den Kindern und Jugendlichen hinterließ sie das Vermächtnis, die heranwachsende Generation gut auf die Aufgaben der Zukunft vorzubereiten. Sie wird uns immer Vorbild sein, nach dem Grundsatz zu handeln: Wo ein Genosse ist, da ist die Partei.



## Bewährtes Bündnis

Als die Arbeiterklasse unter Führung ihrer revolutionären Partei am 7. Oktober 1949 im Bunde mit den anderen Werktätigen ihre politische Herrschaft errichtete, setzte die Partei ihre bewährte Bündnispolitik im Rahmen des antifaschistisch-demokratischen Blocks auf breiterer Basis fort. Das bedeutete auch für die Glienicker Parteiorganisation, das Bündnis aller politischen Kräfte auf der Grundlage der guten Erfahrungen aus den vorangegangenen Jahren noch fester zu schließen und die neuen Aufgaben gemeinsam zu lösen.

Entsprechend der Struktur unserer Gemeinde hatten sich bereits 1945 Ortsgruppen der bürgerlich-demokratischen Parteien gebildet, so der Christlich-Demokratischen Union (CDU) und der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands (LDPD). Anfang der sechziger Jahre entstand eine Ortsgruppe der National-Demokratischen Partei Deutschlands (NDPD).

Die Geschichte der Ortsgruppen der CDU und der LDPD war bis in die fünfziger Jahre durch heftige Auseinandersetzungen zwischen reaktionären und fortschrittlichen Kräften charakterisiert, ging es doch darum, den eigenen Platz im Ringen um ein demokratisches Deutschland zu finden und ohne Vorbehalte die von der Arbeiterklasse und ihrer Partei gewiesene Perspektive zu unterstützen. Westdeutsche Politiker versuchten, diese Parteien zu diffamieren und behaupteten, sie seien „sich selbst untreu“ geworden. Die fortschrittlichen Kräfte in diesen Parteien konnten jedoch trotz der offenen Grenze zu Westberlin eine reaktionäre Ausrichtung ihrer Politik verhindern und den humanistischen und demokratischen Traditionen des fortschrittlichen Bürgertums die Treue halten. Damit setzten sie sich in die Lage, immer wirksamer die antifaschistisch-demokratische Umgestaltung mit zu vollziehen und im Sozialismus ihre persönliche Perspektive zu erkennen.

Die Ortsgruppe der CDU, deren bewährter Vorsitzender von 1950 bis 1974 Johannes Unger war, half besonders den christlich gebundenen Menschen, sich in den Neuaufbau einzuglie-

dern und immer mehr ihr Wissen und Können für die sozialistische Entwicklung der DDR und unserer Gemeinde einzusetzen. 1974 übernahm Hans-Joachim Röpke den Vorsitz.

Der Ortsgruppe der LDPD schlossen sich Bürger aus den Mittelschichten an und schalteten sich aktiv in das gesellschaftliche Geschehen in unserer Gemeinde ein. Noch lebhaft in der Erinnerung ist den Glienickern das Wirken von Erich Üschner, der heute Vorsitzender des LDPD-Bezirksverbandes von Rostock ist. Als Vorsitzende der Ortsgruppe bewährte sich die langjährige Leiterin der Kindelwald-Apotheke und Volksvertreterin Hildegard Wölfer. Ihr folgten als Vorsitzende Paul Meier und seit 1975 Siegfried Becker.

Die erste Ortsgruppe der NDPD entstand in unserem Ort im März 1962 unter dem Vorsitz von Gerhard Knopf, der später Mitarbeiter im Zentralvorstand der NDPD wurde. Heute leitet Gerhard Finke die Ortsgruppe. Dieser Partei gehören vor allem Glienicker Handwerker, Einzelhändler und Vertreter der Intelligenz an. Sie widmen ihre Anstrengungen der bedarfsgerechten Entwicklung der Dienst-, Reparatur- und Versorgungsleistungen für die Bevölkerung.

Felix Grünberg, Mitglied der LDPD, Abgeordneter und Ratsmitglied, charakterisierte die Stellung der Mitglieder der Parteien des demokratischen Blocks mit den Worten: „Wir vertreten heute nicht nur die spezifischen Interessen der Schichten der Glienicker Bevölkerung, aus denen unsere Mitglieder kommen. Wir nehmen immer stärker die Interessen der gesamten Bevölkerung wahr. Mit unseren Arbeitsprogrammen und Leistungen haben wir einen wichtigen Anteil an der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen aller Bevölkerungskreise und somit an der Entwicklung unseres Ortes zur sozialistischen Gemeinde. So arbeiten unsere Mitglieder aktiv in der Volksvertretung mit und bringen gute Ergebnisse im sozialistischen Wettbewerb. Unsere Parteien haben sich mit ihren Programmen und ihrer Politik zu den sozialistischen Zielen unserer Gesellschaft bekannt, und wir betrachten uns als zu-

32

verlässige Bündnispartner der Arbeiterklasse und ihrer Partei, der SED.“

## Unsere Volksvertreter und der Rat der Gemeinde

Abgeordneter sein in unserer Gemeinde ist eine Aufgabe, die viel Einsatz und Sachkunde erfordert, die Entscheidungen abverlangt und die Fähigkeit, den Wünschen der Menschen nachzugehen. Abgeordneter sein heißt, im Blickpunkt des öffentlichen Interesses zu stehen, vorbildlich zu sein, wenn es um die Einheit von Wort und Tat geht und immer für die Sorgen der Menschen Zeit zu haben, aber ebenso, sich ständig weiterzubilden. Und nicht nur die im Augenblick als Gemeindevertreter wirkenden Glienicker wissen, wie schwer, aber auch nützlich eine solche Aufgabe ist und wie schön, weil sie Freude über Erreichtes einschließt und öffentliche Anerkennung findet. Im Unterschied zu den Mitgliedern westlicher parlamentarischer Einrichtungen sind unsere Abgeordneten den Wählern gegenüber rechenschaftspflichtig. Es sind vor allem die Ausschüsse der Nationalen Front (NF) und die Straßengemeinschaftsleiter, die stets enge Verbindung zu den Abgeordneten halten und diese bei der Lösung ihrer Aufgaben unterstützen, die in unserem Namen zwischen den Wahlen ständig die Kontrolle ausüben und den Abgeordneten unsere Kritiken und Hinweise und auch unseren Dank übermitteln.

In unserer Volksvertretung sind 35 gewählte Abgeordnete und 8 Nachfolgekandidaten tätig. Die 14 weiblichen Volksvertreter stellen unter Beweis, daß die Frauen ihre gesellschaftliche Rolle wahrnehmen. Die Abgeordneten werden als Kandidaten der Nationalen Front in Vorbereitung der Kommunalwahlen von den Parteien und Organisationen nominiert und müssen von Wählerforen der NF bestätigt werden. So nennen alle Blockparteien und Massenorganisationen sowie der Ortsausschuß der NF ihre Kandidaten. Diese Kräfte sorgen gemeinsam dafür, daß alle Bevölkerungskreise in der Gemeindevertretung ihre Sprecher haben, daß die Zusammensetzung unserer ge-

wählten Organe der Bevölkerungsstruktur entspricht. So sind unsere Volksvertreter Arbeiter, Bauern, Angestellte, Handwerker, Gewerbetreibende und Vertreter der Intelligenz.

Die Gemeindevertretung verwirklicht unter Führung der Partei der Arbeiterklasse in Glienicke die Staatspolitik und arbeitet eng mit den Werktätigen und den gesellschaftlichen Organisationen zusammen. Unsere Volksvertretung faßt nicht nur Beschlüsse, sondern gestaltet als arbeitende Körperschaft durch ihre Tagungen, durch den örtlichen Rat und durch die Kommissionen das politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leben. Jeder Abgeordnete wirkt auf einem speziellen Gebiet mit. Zwischen den Sitzungen der Volksvertretung hat der Rat der Gemeinde als Kollektiv die Aufgabe, im Auftrag der Gemeindevertretung die gesellschaftliche Entwicklung im Ort zu leiten. Dem Rat gehören haupt- und ehrenamtlich tätige Volksvertreter an unter Leitung des Ratsvorsitzenden, des Bürgermeisters. Die Ratsmitglieder sind für jeweils einen der Bereiche des gesellschaftlichen Lebens zuständig, für die auch Ständige Kommissionen der Volksvertretung bestehen.

An der Spitze der Volksvertretung steht der Bürgermeister, der wie alle Abgeordneten gewählt wird und den Bürgern rechenschaftspflichtig ist. Das war nicht immer so. Bis zu Anfang des 19. Jahrhunderts wurde das Amt des Dorfschulzen vom Wirt des „Sandkruges“ wahrgenommen, der dem Gutsbesitzer verpflichtet war. In einem Schriftstück vom 11. April 1655 wird z. B. ein Michel Soltmann als Dorfschulze zu Glienicke erwähnt, „welcher 40 Jahr dem Guhte Stolpe gedienet“. Im 19. Jahrhundert entstammten die „Gemeindevorsteher“ alteingesessenen Bauernfamilien. Von der Gründung der Weimarer Republik bis 1945 wurden Staatsbeamte als Bürgermeister eingesetzt, die dem Volk nicht rechenschaftspflichtig waren. Seit der Gründung der DDR sind die von der Einwohnerschaft gewählten Glienicker Bürgermeister Mitglieder der Partei der Arbeiterklasse. In den ersten Jahren übten antifaschistische Widerstandskämpfer wie Willi Heller, Georg Herzbruch und

33



Ernst Bogisch diese Funktion aus. Genosse Ernst Bogisch, 1901 in Berlin-Spandau geboren, trat bereits 1917 der Arbeiterjugendbewegung bei, nahm an den revolutionären Kämpfen zu Beginn der 20er Jahre teil, wurde 1923 Mitglied der KPD und war unter anderem Leiter des Roten Frontkämpferbundes im Bezirk Wedding. Als aktiven Widerstandskämpfer sperrten ihn die Faschisten ins Zuchthaus. Nach 1945 bewährte er sich in Funktionen der Partei, der Gewerkschaft und des Staates. Sein mehrjähriges Wirken als Bürgermeister haben die Glienicker in guter Erinnerung behalten. Nach Ernst Bogisch waren Ernst Teut, Hermann Roth, Emmy Schmidt und Irmgard Tscharniel Bürgermeister.

Unsere Volksvertreter leisten den Hauptteil ihrer Arbeit als Mitglieder der 9 Ständigen Kommissionen und 11 Aktive der Gemeindevertretung, in denen neben 32 Abgeordneten und Nachfolgekandidaten auch 85 berufene Bürger als Berater mitarbeiten. Die Leitung der Kommissionen und Aktive liegt stets in den Händen eines Abgeordneten. So bestehen Kommissionen für Planung/Finanzen/territoriale Rationalisierung, Ordnung und Sicherheit, geistig-kulturelles Leben, örtliche Versorgungswirtschaft/Straßenwesen/Verkehr/Landeskultur / Wasserwirtschaft, Bau/Werterhaltung/Erholungswesen, Wohnungspolitik, Handel und Versorgung, Jugendfragen und Körperkultur, Gesundheits- und Sozialwesen sowie Aktive für Verkehrssicherheit, Grenzsicherheit, Preise, Fragen kinderreicher Familien, Betreuung der Veteranen der Arbeit, Schul- und Kinderspeisung und Hygiene. Für alle diese Aufgabengebiete bereiten unsere Volksvertreter Entscheidungen vor und beschließen darüber.

Wie oft ein Bürger Volksvertreter sein kann, hängt neben seinen persönlichen Möglichkeiten vor allem davon ab, wie er es versteht, die Interessen der Wähler sachkundig zu vertreten und die ihm übertragenen kommunalpolitischen Aufgaben zu lösen. Als nützlich erweist sich, wenn ein Abgeordneter über lange Zeit seine Kenntnisse und Erfahrungen einsetzt.

34

Vierteljahrhundert hier, das ist meine Heimat, mich interessieren die Menschen, ihre Entwicklung und ihre Probleme. Wenn ich das Vertrauen der Wähler wieder erhalte, möchte ich an unserem gemeinsamen guten Weg weiter mitwirken.“ Und Helmut Schneider erklärte dazu: „Als ich 1965 als Abgeordneter in die Gemeindevertretung gewählt wurde, hatte ich kaum eine Ahnung von kommunalpolitischen Fragen und wußte noch nicht so genau, wie das ‚Mitregieren‘ konkret aussieht. Was ich mitbrachte, war der gute Wille, an der schrittweisen Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen mitzuarbeiten und Verantwortung zu übernehmen. Da ich auf technischem Gebiet ausgebildet bin, übertrug man mir die Ständige Kommission Örtliche Versorgungswirtschaft, weil hier auch technisches Wissen gefragt ist. Was ich noch nicht wußte, lernte ich in der Arbeit und von erfahrenen Abgeordneten, wie dem Genossen Franz Berger, der mir als Volksvertreter Vorbild ist. Und noch zwei Dinge sind es, die die Freude an der Arbeit als Abgeordneter fördern und die in unserem Staat dazugehören. Es ist zum einen das Vergnügen an der kollektiven Arbeit, die der Schlüssel auch für die Erfolge unsere Kommission ist, so die gute Zusammenarbeit mit den Fachabteilungen des Rates der Gemeinde und den zuständigen Ratsmitgliedern und auch mit dem WBA der Nationalen Front oder eine solche Form der kollektiven Anstrengungen, wie sie sich in der jahrelangen Tätigkeit der ‚Lampenbrigade‘ ausdrückte. Zum anderen ermöglichen mir die Unterstützung, die mir mein Betrieb, der VEB Bergmann-Borsig, gewährt, und das Verständnis der Leitungen für meine Aufgaben im Wohngebiet eine wirkungsvolle Mitarbeit.“

Den Mitarbeitern des Rates der Gemeinde, die fast alle Frauen sind, obliegt eine nicht geringe Verantwortung, vertreten sie doch in unmittelbarem Kontakt mit den Bürgern die Politik von Partei und Regierung sowie der zentralen Organe und der Gemeindevertretung. Sicher ist es für sie oft nicht leicht, allen Anliegen und Wünschen der Bürger unter den gegebenen Be-

So kann z. B. Franz Berger auf 23 Jahre Abgeordnetentätigkeit zurückblicken, denn er übernahm diese Funktion zum erstenmal 1946, bewährte sich 10 Jahre als Vorsitzender der Ständigen Kommission Örtliche Versorgungswirtschaft, Straßenwesen, Verkehr, Landeskultur und Wasserwirtschaft und 13 Jahre als ehrenamtliches Ratsmitglied auf diesem Gebiet. Nun schon im 80. Lebensjahr, arbeitet er noch immer mit und konnte seine reichen Erfahrungen an Jüngere weitergeben. Für den Nutzen langjähriger Abgeordnetentätigkeit steht auch die Arbeit solcher Gemeindevertreter wie Günter Grabert, Vorsitzender der Ständigen Kommission Wohnungspolitik, Rudolf Habrecht, lange Jahre Vorsitzender der Ständigen Kommission Volksbildung, Paul Meier, Gisela Purps oder des langjährigen Ratsmitgliedes Volkmar Müller, der für Planung, Finanzen und territoriale Rationalisierung verantwortlich ist und dem als Vorsitzender der Ständigen Kommission seit 1970 Ullrich Brauße zur Seite steht sowie des Vorsitzenden der Ständigen Kommission Örtliche Versorgungswirtschaft Helmut Schneider. Lassen wir Abgeordnete selbst zu Wort kommen und uns sagen, warum sie diese Aufgaben mit solcher Einsatzbereitschaft und Freude erfüllen und auch die große Belastung übernommen haben. Professor Dr. Rudolf Habrecht stellte fest: „Gesellschaftliche Arbeit gehört zu meinem Leben. Ich leiste sie seit 1945, als ich als Aktivist der ersten Stunde zupackte. Bei der Fülle meiner beruflichen Aufgaben ist das oft nicht leicht, aber ich habe es immer gern getan. Dieser unser Staat ist es wert, daß sich alle für ihn einsetzen, denn es ist das erste Mal in der Geschichte unseres Volkes, daß wir mit Recht sagen können: Das ist ein Staat des werktätigen Volkes, des Friedens, der Freiheit des Menschen, der Bildung und Entfaltung seiner Persönlichkeit. Damit hängt auch zusammen, daß ich mich beruflich und wissenschaftlich mit Leib und Seele den Aufgaben der Bildung und Erziehung des Menschen verschrieben habe. Deshalb bin ich mit Freude auch in Glienicke auf dem Gebiet der Volksbildung nach meinen Kräften und Möglichkeiten gesellschaftlich tätig. Ich wohne über ein

dingungen gerecht zu werden. Ihre Tätigkeit setzt gute Kenntnis der politischen Zusammenhänge und der örtlichen Gegebenheiten sowie Verantwortungsgefühl voraus und die Fähigkeit, Probleme kameradschaftlich mit den Bürgern zu beraten und das Vertrauensverhältnis der Einwohner zu ihrem Staat zu festigen. Bereits seit 30 Jahren ist Elli Gehhaar als Mitarbeiterin des Rates tätig. Ebenfalls langjährig wirkt mit hoher Einsatzbereitschaft Ursula Degenkolb, früher als Leiterin der Grundstücksverwaltung, nun als Sekretär des Rates der Gemeinde und Vertreterin des Rates im Ortsausschuß der NF. Komplizierte Aufgaben lösen sachkundig seit vielen Jahren auch Waltraud Dietrich, Jutta Gärtner, Johanna Noack und Ingeborg Tänzler. Der Rat der Gemeinde erfüllt seine Aufgaben mit Unterstützung ihm direkt unterstellter Kommissionen, in die geeignete Bürger berufen werden. Dazu gehören die Einweisungskommission für die Kinderkrippe und die Kindergärten, die Jugendhilfe- und die Ferienkommission. Die von den Volksvertretern gewählte Schiedskommission unter der langjährigen Leitung von Hermann Rudolph wird vom Kreisgericht fachlich angeleitet. In diesen Kommissionen arbeiten 50 Glienicker Bürger, darunter solche Persönlichkeiten wie Ella Meyer. Sie ist seit mehr als 30 Jahren in der sozialistischen Rechtspflege — z. B. als Schiedsmann, als Mitglied der Schiedskommission und als Schöffe beim Kreisgericht Oranienburg — tätig und hat sich durch ihre kluge und weit-sichtige Arbeit das Vertrauen der Bürger erworben.

Ein spezielles Organ ist der Volkskontrollausschuß, der die Aufgabe hat zu kontrollieren, daß unsere auf das Wohl der Bürger gerichtete Politik tatsächlich und mit voller Verantwortung verwirklicht wird. Dieser lange Jahre von Rolf Tänzler, jetzt von Walter Franz geleitete Ausschuß kontrolliert nicht nur, sondern hilft direkt, Mißstände zu beseitigen und gute Erfahrungen schnell zu verallgemeinern.

Seit 1977 verstärkten die gesellschaftlichen Kräfte in unserer Gemeinde wie im ganzen Kreis Oranienburg ihre Bemühungen,



um durch eine spezifische Form des Kontaktes mit den Bürgern in persönlichen Aussprachen im Familienkreis dringende kommunale, persönliche und politische Probleme zu beraten und schnell zu einer Lösung zu gelangen. Diese Familiengespräche haben auch in unserem Ort zu einem offenen Meinungsaustausch mit vielen Bürgern geführt. Abgeordnete, Staatsfunktionäre und Agitatoren der NF besuchten z. B. im Jahre 1978 allein 92 Glienicker Familien und berieten deren Sorgen, die mitunter Anlaß für eine Eingabe gewesen waren. Sie legten gemeinsam fest, durch welche Maßnahmen schnell geholfen werden kann und welchen konkreten Beitrag die Familie selbst leistet. Fragen der Wohnraumwerterhaltung, der Unterbringung kleiner Kinder oder der Versorgung konnten eingehend behandelt werden. Manchmal galt es auch, ungegerechtfertigte Forderungen zurückzuweisen oder durch das Gespräch mehr Verständnis zu wecken, daß nicht alle Wünsche sofort erfüllt werden können. Die bisherigen Erfahrungen mit diesen Gesprächen machten deutlich, daß sie dazu beitragen, das Vertrauen der Bürger in ihre Volksvertreter, in die Funktionäre der örtlichen Staatsmacht und der Organisationen zu festigen, die Einwohner zur Mitwirkung zu gewinnen und persönliche und gesellschaftliche Interessen in Einklang zu bringen.

Charakteristisch für die Einbeziehung aller Bürger in die Vorbereitung von Beschlüssen der Gemeindevertretung war z. B. im Jahre 1977 die Ausarbeitung der neuen Gemeindeordnung zur Gewährleistung der Ordnung, Sauberkeit und Hygiene. In den Wohnbezirksausschüssen der NF, in Einwohnerversammlungen, Einzelaussprachen, in den Versammlungen der gesellschaftlichen Organisationen und in der Sprechstunde des Rates der Gemeinde trugen die Bürger ihre Ansichten und ihre Kritiken vor. Der auf dieser Grundlage erarbeitete Entwurf wurde in den Organen der Volksvertretung, im Rat, in den Ständigen Kommissionen und Aktiven, und erneut von den Bürgern diskutiert. Berechtigte Vorschläge zur Veränderung wurden bei der Überarbeitung berücksichtigt, und erst dann

wurde die Gemeindeordnung der Gemeindevertretung zur Beschlussfassung unterbreitet. Ihre Durchsetzung ist nicht allein Sache der Mitarbeiter des Rates der Gemeinde oder der gewählten Volksvertretung, sondern Angelegenheit eines jeden Bürgers unserer Gemeinde. Es bleibt noch viel zu tun, um sie voll wirksam werden zu lassen.

### Vereint in der Nationalen Front

Die Nationale Front des demokratischen Deutschland entstand auf Initiative der SED im Gründungsjahr unserer Republik. Ihre Ziele sind in der Verfassung unseres Staates dargelegt. Die Nationale Front (NF) vereint die an Frieden und gesellschaftlichem Fortschritt interessierten Bürger aus allen Klassen und Schichten des Volkes zu einem politischen Kampfbündnis. Eine ihrer ersten Forderungen war die Verwirklichung der Beschlüsse des Potsdamer Abkommens in beiden deutschen Staaten. Das Programm des Nationalrates der Nationalen Front, beschlossen am 15. Februar 1950, stellte die Stärkung unserer Republik — der staatlichen Basis der Nationalen Front — und die Festigung der Freundschaft mit der Sowjetunion in den Mittelpunkt ihrer Tätigkeit. Zu einer der wichtigsten Aufgaben wurde die Mitwirkung bei der Erfüllung der Volkswirtschaftspläne erklärt. Die Nationale Front der DDR entwickelte sich immer stärker zu einer sozialistischen Volksbewegung und zum Wegbereiter der sozialistischen Demokratie, indem sie Zehntausende Bürger als Funktionäre in die Leitung und Lösung der gesellschaftlichen Aufgaben einbezog und ihnen die Aufgabe übertrug, die Interessen des Volkes zu verwirklichen. Dazu bildete die NF auf allen territorialen Ebenen Ausschüsse, an deren Spitze der Nationalrat steht. In unserer Gemeinde sind im Ortsausschuß und in sechs Wohnbezirksausschüssen (WBA) Vertreter der Parteien und Massenorganisationen, der örtlichen Betriebe und Einrichtungen, der Straßen- und Hausgemeinschaften und andere gesellschaftlich aktive Bürger tätig. Sie kennen die Bedürfnisse und Forderungen der Menschen und haben guten Kontakt zu allen



1 Ansicht des Dorfes Glienicke um 1900





2 Die alte Dorischmiede an der Oranienburger Straße wurde 1832 gebaut

38



3 Mitglieder der Ortsgruppe Glienicke des Kommunistischen Jugendverbandes bei einem Agitationseinsatz in Kurtschlag, Kreis Gransee, 1932. Im Vordergrund Trude Neuhoß und Gerhard Weiß, in der hinteren Reihe Hermann Wienicke, Erich Korn, Willi Heller (v. l. n. r.)

39





4 Karl Neuhoj, Kommunist und antifaschistischer Widerstandskämpfer, 1943 im Konzentrationslager ermordet

40



5 Maria Kuhn-Wiedmaier und Harry Kuhn kämpften als Kommunisten ein Leben lang für ein friedliches sozialistisches Deutschland. Nach ihrer Befreiung aus den Konzentrationslagern Ravensbrück und Buchenwald hatten sie wesentlichen Anteil an der sozialistischen Entwicklung in Glienicke

41





42



6

7

6 Erste Kundgebung der KPD nach der Befreiung vom Faschismus durch die Rote Armee am 13. Mai 1945 auf dem Sportplatz; zu den Einwohnern spricht der sowjetische Ortskommandant Iwan Wasiljew

7 Die Glienicker Werktätigen begrüßen die Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 1. Mai 1946



8 Glienicker Parteiveteranen, 1970





9 Waffen aus den Händen der Parteiveteranin Maria-Kuhn-Wiedmaier für den Schutz der sozialistischen Errungenschaften, um 1960

10 Der VEB Bauelemente produziert ein reiches Sortiment an Betonfertigteilen

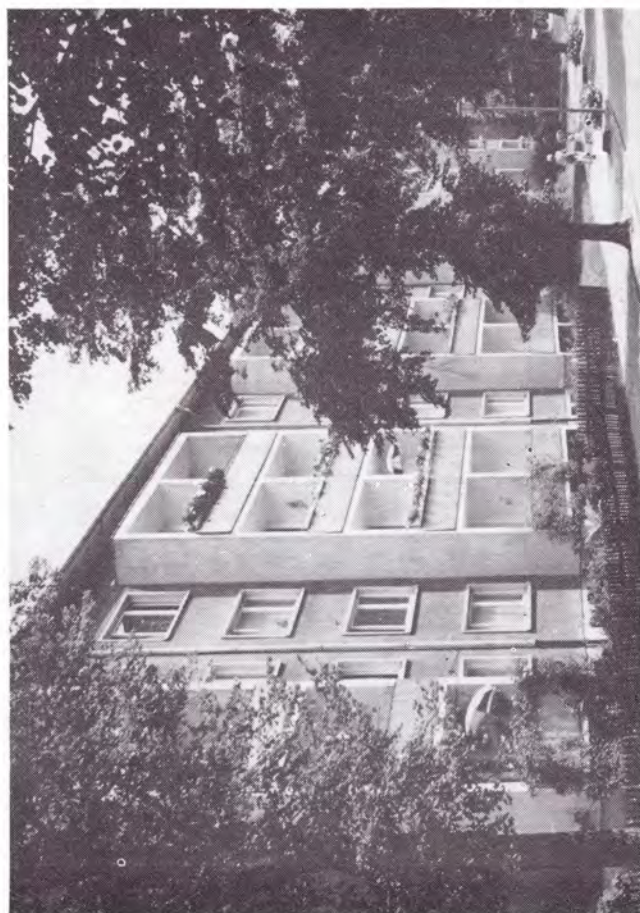
11 Dieser Neubaublock in der Leninstraße wurde im Jahre 1968 an 40 Familien übergeben

44



10

11



45





46



12

13

12 Volksinitiative „Schöner unsere Städte und Gemeinden – Mach mit!“ – Einwohner unseres Ortes bei der Gestaltung der Außenanlagen am Kulturhaus „Olga Benario-Prestes“, 1969

13 Über 40 000 Besucher werden jährlich zu den Veranstaltungen im Kulturhaus „Olga Benario-Prestes“ begrüßt



14 Olga Benario-Prestes (Ölgemälde von Curd Wild-Wall); Kampf- und Lebensgefährtin des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei Brasiliens Luis-Carlos Prestes; im Konzentrationslager Ravensbrück ermordet

47





15 Schüler der Karl-Neuhof-Oberschule zeigen bei einer Sportwerbeschau im Kulturhaus ihr Können, 1969

48



16 Chor der Karl-Neuhof-Oberschule unter Leitung des Musiklehrers Fritz Tank, 1974